

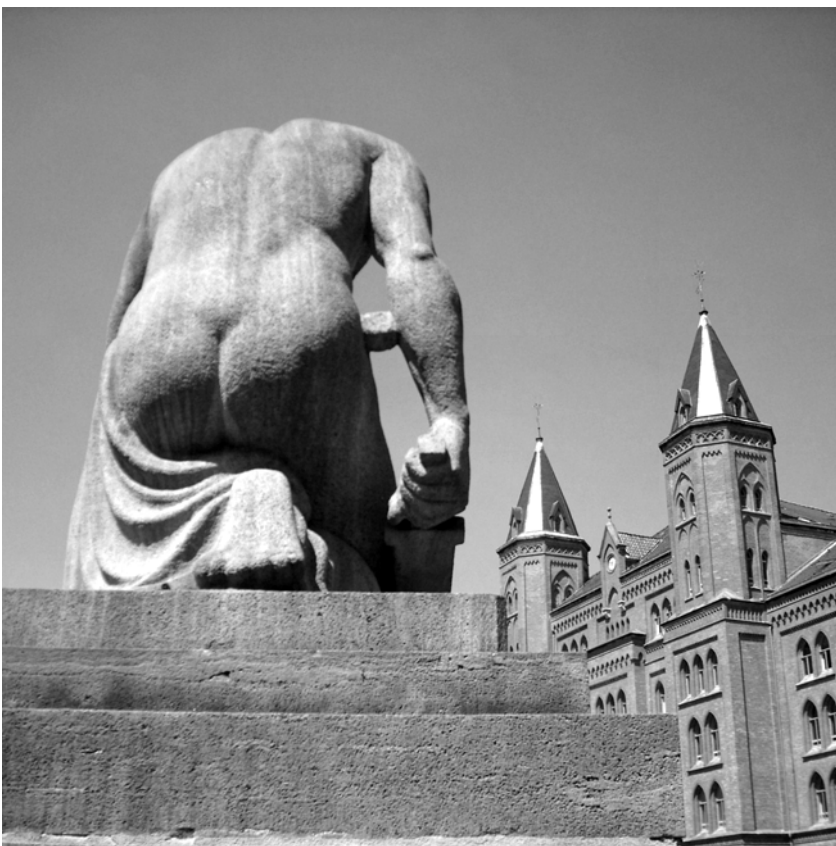
gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. **52**

Jan./Feb. 2011



K 73 – Raider heißt jetzt Twix

Ein Haushalt voller Löcher – und nix zum Stopfen

Atomenergie – das Kartenhaus wackelt

Stromwechsel: Tschüss SVO

Weg mit dem Helmuth-Hörstmann-Weg

INHALT

Eschede / Kameradschaft 73	
Na(ht)zi mal allein zuhaus	3
Gedenkstein für „Sonderkommando Elbe“	
Nazi-Gedenken in Bockelskamp	5
Interview mit Wolf Wallat	
Ein Haushalt voller Löcher	6
Laternengespräche	
Bandiera rossa la trionferá	8
Wasserentnahme für Wietze in Garßen	
Viele Fragen bleiben bisher offen	11
Castor-Proteste (von Jochen Stay)	
Das Kartenhaus wackelt	12
Blockade in Dalle	
Zwei Stunden Stopp für Castor	13
Stromwechsel jetzt	
SVO? No! Avacon? Weg davon!	14
Meldungen	16
Erstausrüstung bei Hartz IV	
Drastische Kürzung bei Haushaltsgeräten	17
Werner Rügemer zu PPP	
Plünderung öffentlicher Kassen	19
Peter Birke zu Organizing	
Große Wut und kleine Schritte	21
Castor-Blockade im französischen Caen	
Widerstand kennt keine Grenzen	23
Mit rosa Farbe gegen Inszenierung	
Volkstrauertag – alle nur Opfer?	25
Straßennamen und NS	
Kulturkampf um Helmuth Hörstmann?	27
Celler Regionalkrimi	
„Unbekannt verzogen“ von C. Sziget	29
Termine in Kino, Kultur & Politik	30

H A L L O



„Wir erleben das Paradox einer Gesellschaft von Arbeitern ohne Arbeit, in der die Ablenkung, der Konsum, das Vergnügen nur noch den Mangel daran beklagen, wovon sie uns eigentlich ablenken sollten.“

Unsichtbares Komitee

Einem Teil dieser Ausgabe liegt ein Prospekt von ALDI bei, nein – es ist ein informierender Fake der *Christlichen Initiative Romero*. Obwohl wir bekanntlich den aufklärenden Charakter des Christentums eher gering schätzen, finden wir diesen Werbezettel plakativ solidarisch mit den Arbeiter_innen, die aktuell „unseren“ Konsumschrott produzieren.

Im lesenswerten Text „*Der kommende Aufstand*“ des *Unsichtbaren Komitees* (edition nautilus, aber auch als pdf im Internet) mögen manche ein Gegenargument finden. Danach würden allgemeine Appelle an „bio & fair & CO2-neutral“ nur darauf abzielen, die Logik der kapitalistischen Welt überleben zu lassen, „*indem sie sich den Anschein eines historischen Bruchs gibt.*“

Das gilt wahrlich für viele Vertreter_innen dieser grünen Selbstkontrollmaschinerie; aber: Befreiung geht nur internationalistisch und solidarisch, was auch heißt im Wissen um die Arbeits- und (Über-) Lebensbedingungen im „Süden“. Und deshalb ist das *Unsichtbare Komitee* mit Sicherheit nicht dafür, bei ALDI zu kaufen und im Weltladen zu klauen – sondern umgekehrt; und weitergehend: daran zu arbeiten, dass es die Weltläden am bestens irgendwann nicht mehr braucht.

Und noch was: Mehr oder weniger hintenrum haben wir von einer Kritik an den Thesen zur ezidischen Religion gehört, die im letzten Heft im Interview von der Religionswissenschaftlerin Ina Wunn vertreten wurden. Gern hätten wir eine Replik veröffentlicht, nur: Es gibt sie nicht.

Bis denn – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Na (ht) zi mal allein zuhaus

Am 18.12.2010 fand wieder einmal eine Demonstration / Kundgebung in Eschede gegen die Nazitreffen bei Bauer Nahtz statt. Diesmal wurden die Aktionen vom Escheder Arbeitskreis „Gemeinsam gegen Extremismus“ angemeldet.

Scheinbar ist es ganz egal, wer anmeldet, ob Antifa, DGB/Forum oder eben der örtliche Arbeitskreis, in dem auch einige „Honoratioren“ des Ortes aktiv sind: Es ist nicht möglich, wenigstens bis an die Kreuzung Am Dornbusch / Am Finkenberg / Hermannsburger Straße zu gelangen. Der Escheder Arbeitskreis wollte genau dort die Kundgebung durchführen, und auch ihm wurde dies per Auflagen durch den Landkreis untersagt. Als Ausgleich dafür gab das besondere Angebot, dass *"eine Abordnung von bis zu 20 Versammlungsteilnehmern (...) in der Nähe der Abzweigung (...) eine Mahnwache halten. An der Mahnwache nehmen nur dem Arbeitskreis als friedlich bekannte Versammlungsteilnehmer teil, die der Polizei namentlich benannt werden."*

Dieses „Angebot“ sorgte für allerhand Wirbel. Da es im Auflagenbescheid aufgeführt wurde, entstand bei Einigen, die an der Demonstration teilnehmen wollten, der Eindruck, dass diese Mahnwache so von den Verantwortlichen angemeldet worden war. Das wiederum führte zu Distanzierungen, was im ersten Moment mehr als verständlich ist, denn es kann ja wohl nicht sein, dass wir uns jetzt schon zu Demonstrationen namentlich anmelden müssen und uns von den Veranstalter_innen unsere Friedlichkeit attestieren lassen müssen.

Allerdings haben die Verantwortlichen diese „Angebot“ abgelehnt und dies war auch in der örtlichen Presse dokumentiert. Somit war zumindest von diesem Gesichtspunkt her kein Grund mehr vorhanden, der Demo fernzubleiben.

Es kamen dann auch ca. 100 Menschen. Bei der Kundgebung wurden mehrere Redebeiträge gehalten, die auf Grund der Vorgänge im Vorfeld auch einmal andere Schwerpunkte hatten, als die Nazis, deren Auftreten in Eschede, deren Bedeutung usw.

So wurde u.a. im Redebeitrag des IK Celle (Interventionistisches Kollektiv) auf das „unmoralische Angebot“ des Landkreises eingegangen und dieses als klarer Versuch der Spaltung bewertet. Der Aufruf, sich dem zu widersetzen und sich nicht in „gut“ und „böse“ spalten zu lassen wurde mit Applaus honoriert. In der Rede wurde dann noch auf den „Extremismus“-Begriff eingegangen und es wurde deutlich gemacht, dass es nicht nur ungenau, sondern falsch ist, diesen Begriff für alle zu benutzen, die nicht zur sog. Mitte gehören, denn *„Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Äußeren, ihrer Herkunft, Religion, Sexualität und anderen Eigen-*

schaften, (...), gehören fest zu der Ideologie der Nazis – und sind (...) das Gegenteil der Forderungen einer emanzipatorischen radikalen Linken!“ (Redebeitrag des IK Celle vom 18.12.2010).

Auch in weiteren Redebeiträgen wurde das Vorgehen des Landkreises scharf kritisiert und es war eines der Hauptthemen bei den Gesprächen zwischen den Teilnehmer_innen.



Ein weiteres Thema war: Wo sind die Nazis? Ganz offensichtlich fand am 18.12.2010 in Eschede keine Wintersonnwendfeier statt, auch nicht am eigentlichen Tag des Winteranfangs und nicht am darauf folgenden Weihnachtswochenende.

Da fast zeitgleich die Kameradschaft 73 ihre Auflösung bekannt gegeben hatte, führte das zu verfrühten und auch in keiner Weise angebrachtem Jubel bei einigen. So war auf der Seite der Celler ev. Kirche von Pressesprecher Uwe Schmidt-Seffers zu lesen, dass er die Auflösungserklärung als großen Erfolg des „Forum gegen Gewalt und Rechtsradikalismus“ bewerten würde. Das klingt fast so, als würde er im Namen des Forums (das im Übrigen „Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ heißt, das sollte er wissen, hat er doch auch einmal dort mitgearbeitet) sprechen. Das ist aber nicht der Fall, das Forum hat nach der Bekanntgabe der Auflösung noch nicht wieder getagt und von daher auch noch keine Bewertung vorgenommen.

Die Einschätzung der Antifa Lüneburg / Uelzen ist wesentlich plausibler. Dort heißt es, die *„Celler Neonazis um Dennis Bührig treten schon seit einiger Zeit als "Freie Kräfte Celle" auf. Eine neue Internetseite ist eingerichtet worden und die kleine Gruppe um Bührig ist weiterhin hoch aktiv. So wurden an mehreren Schulen im Landkreis Celle CD's und Flugblätter verteilt.* (Vor den Weihnachtsferien wurden viermal an Schulen in Celle - Lönsweg, Altenhagen, Burgstraße -, Winsen und Hermannsburg CDs und Flugblätter verteilt, unter Beteiligung von Dennis Bührig, Anm. der Red.) *Die Auflösung*

der "Kameradschaft 73" stellt sich somit nur als eine Umbenennung da. Außerdem soll mit einem vermeintlich unverfänglichen Namen an die Öffentlichkeit getreten und mit jugendspezifischen Themen und Aktionsformen weiterhin aufzutreten werden. Der jetzige Schritt war nur eine Frage der Zeit und zu erwarten! (...) Auch wenn zuletzt kein Nazitreffen in Eschede stattgefunden hat, muss davon ausgegangen werden, dass diese spätestens im nächsten Sommer fortgesetzt werden. Aus diesem Grund hat die Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen für den Juni 2011 eine antifaschistische Demonstration in Eschede angemeldet, um die Proteste dort fortzusetzen.“

Dass in Eschede dieses mal keine Wintersonnenwendfeier stattfand, kann viele Gründe haben. Einerseits wurden Konflikte zwischen Bührig und Markus Winter kolportiert, andererseits war in der CZ zu lesen, dass nach Einschätzung der Antifa Lüneburg / Uelzen diese Konflikte innerhalb der örtlichen Kameradschaft nur zum Teil persönliche Hintergründe hätten. Entscheidender seien Führungsstreitigkeiten und die Frage, in wie weit eine Zusammenarbeit mit der NPD in Frage komme. Bührig habe der NPD kritisch gegenüber gestanden.

Außerdem gab es weitere Veranstaltungen der Rechten zu dieser Zeit. Der Unterbezirk Lüneburg der NPD feierte am 17.12.2010 den Jahresabschluss in einer Gastwirtschaft in der Heide, eingeladen hatte Manfred Börm, organisiert wurde die Feier von Jessica Keding (Düütsche Deerns), beide sind sonst gerne Gäste bei Nahtz in Eschede. Markus Winter, der im August zu dem Rechtsrockkonzert 600 Nazis in Eschede zusammenrommelte, war wieder mit der Organisation eines Nazikonzerts beschäftigt, das diesmal in Vallstedt im niedersächsischen Landkreis Peine am 25.12.2010 nach konspirativer Planung stattfand.

Und dann fand in Dortmund am 18.12.2010 noch eine Saalveranstaltung statt. Das Buch „Jürgen Rieger – Anwalt für Deutschland“ wurde von Thomas Wulff und Siegfried Borhardt vorgestellt. Vielleicht hat es ja einige der Gerhus-Besetzer, die im Sommer 2009 dort für Jürgen Rieger als Hausmeister und Wachpersonal agierten auch dorthin gezogen, um ihrem inzwischen verstorbenen Mentor zu gedenken, so war doch einer der letzten Einträge auf der Internetseite der aufgelösten Kameradschaft 73 eben diesem gewidmet.



Nahtz jetzt ohne Kirchenland

Während des Celler Kirchenkreistages am 10. November gab Superintendent Sundermann bekannt, dass der seit Jahrzehnten bestehende Pachtvertrag mit dem Neonazi Joachim Nahtz in Eschede fristlos gekündigt wurde. Der Hof der Landwirtschaftsfamilie ist seit Jahren Anlaufpunkt für Neonazis über den norddeutschen Raum hinaus. - Der rechtsextreme Landwirt hatte zehn Hektar Land von der Kirchengemeinde Eschede gepachtet. Dieser Pachtvertrag hatte, wie Kirchenkreis-Pressesprecher Uwe Schmidt-Seffers betont, zu Recht öffentliche Kritik ausgelöst. Bislang aber hatte der Kirchenkreis keine rechtliche Handhabe, den noch bis 2014 laufenden Vertrag vorzeitig zu kündigen. Im Dezember vergangenen Jahres entschied der Kirchenkreis schließlich, dass der Pächterlös einem Fonds gegen Rechtsextremismus zugute kommt, aus dem auch die Kosten für die Demonstrationen gegen die Sonnenwendfeiern auf dem Nahtzhof bezahlt werden. Warum Landwirt Nahtz nun die Pachtzahlungen eingestellt und damit dem Kirchenkreis die Möglichkeit zu Kündigung gegeben hatte, darüber rätselt auch der Beauftragte für „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“, Wilfried Manneke, aus Unterlüß. Auf jeden Fall sei man im Kirchenkreis erleichtert, dass man nun die Möglichkeit bekommen habe, den Pachtvertrag zu beenden. Manneke: „Die Neonazitreffen in Eschede werden wahrscheinlich weitergehen, aber wir konnten jetzt endlich reinen Tisch machen, damit ganz klar wird: Evangelische Kirche will nichts mit den Feinden von Demokratie und Menschenrechten zu tun haben.“



Heldengedenken

Für die Lokalnazis ist der „Heldengedenktag“ seit einiger Zeit wieder ein fester Termin in ihrem „Feierkalender“. Nachdem es auf dem Kriegsgräberfriedhof in Essel, wo sie in den letzten beiden Jahren ihrer „gefallenen SS-Kameraden“ gedachten, wegen der Proteste ungemütlich wurde, blieben sie dieses Jahr wieder in Celle. Auf dem Stadtfriedhof stellen sie am Grab des preußische Generalfeldmarschall August von Mackensen zwei Grablichter auf und hinterließen ein mickriges Gesteck. Auf der Naziwebsite heißt es weiter: „Nach einer kurzen Weile der Einkehr gingen wir wieder von dannen. Wir gedenken den gefallenen Helden, die ihr Leben uneigennützig für Ihr Vaterland einsetzten. Ewig lebt der Toten Tatenruhm. Nur wer vergessen wird ist wirklich tot!“ Anfang 1945 hatte Mackensen sein ihm vom NS-Staat geschenktes ostbrandenburgisches Gut auf der Flucht vor der Roten Armee verlassen; seine letzten Lebensmonate verbrachte er dann auf dem Gutshof Habighorst im Landkreis Celle.

Der Artikel über ihn auf Wikipedia ist halbwegs kritisch (http://de.wikipedia.org/wiki/August_von_Mackensen).

Nazi Gedenken in Bockelskamp

Vor 20 Jahren wurde in Bockelskamp bei Wienhausen ein Gedenkstein für das Nazi-Luftwaffen-„Sonderkommando Elbe“ eingeweiht. Karl-Heinrich Langspecht, Vater des CDU-Landtagsabgeordneten, hatte hierfür sein Grundstück zur Verfügung gestellt – wohl deshalb, weil er selbst dazu gehörte.

Fast alljährlich treffen sich seitdem am 7. April alte und junge Krieger, um „glorreicher Zeiten“ zu gedenken. Häufig mit dabei der Ritterkreuzträger Hajo Herrmann, der jetzt am 05.11.2010 mit 97 Jahren das Zeitliche segnete. Er war die tragende Figur, denn er war ein Mitbegründer des „Sonderkommandos Elbe“. In der Endphase des II. Weltkrieges sollten Jagdflieger unter diesem Tarnbegriff alliierte Bomber mit ihren Jagdflugzeugen rammen und zum Absturz bringen. Die einzige Überlebenschance dieser so genannten „Rammjäger“ bestand darin, rechtzeitig vor der Kollision mit dem Fallschirm abzuspringen. Der größte Einsatz fand an eben jenem 7. April im Jahr 1945 statt. Die Gedenkveranstaltung in Bockelskamp fand zuletzt vor allem auf der Internetseite des „Forums für deutsche Militärgeschichte“ eine Resonanz. Ausführlich berichtete das Militaristen-Internetportal über die Feiern der Jahre 2006 und 2007.

„Himmelfahrtskommando für Hitler“ betitelte der SPIEGEL am 29.12.2009 eine Story über die „Selbstmordattaken aus der Luft“. Genaue Zahlen sind von der Luftschacht gegen über 1000 alliierte Bomber nicht greifbar, aber: „[...] möglicherweise wurden bei der Wahnsinnsattacke 133 der 183 deutschen Maschinen vernichtet, nur 15 Rammjäger-Piloten kehrten zu ihrer Einheit zurück.“

Dass in Bockelskamp weniger der Opfer dieses „Wahnsinnsplans“ gedacht wird, sondern einem nationalsozialistischen Heldenmythos, lässt sich an der Teilnahme des Kommandeurs dieser Einheit ablesen. Hajo Herrmann war für die Veranstaltung so etwas wie die Kultfigur. Er gehörte zu einem geheimen Vorauskommando im Spanischen Bürgerkrieg, noch bevor er bei der "Legion Condor" Einsätze flog. Während des Krieges war er als Kampfpilot im Einsatz und wurde Ende 1944 zum Inspekteur der Luftverteidigung ernannt. Seit 1965 arbeitete Herrmann als Rechtsanwalt in Düsseldorf. Bis zu seinem Lebensende vertrat er rechtsextremistische Thesen und war einer der bekanntesten Verteidiger von Alt- und Neonazis und Holocaustleugnern. Unter seinen Mandanten waren u. a. Otto Ernst Remer, David Irving und Fred Leuchter. Hajo Herrmann veröffentlichte einige Bücher zum Zweiten Weltkrieg und selbstverständlich war er Mitglied der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger.

Herrmann war ein viel gefragter Gesprächspartner in rechtsextremen Kreisen. Im Januar 2007 hielt er auf

dem Bundesparteitag der DVU einen Vortrag. Als Redner war er auch beim 5. "Freiheitlichen Kongress" des NPD-Verlages Deutsche Stimme im November 2007 zugegen. - Eine Gedenkveranstaltung zu Herrmanns Tod am 21.11.2010 wurde von der Holocaustleugnerin und Rechtsextremistin Ursula Haverbeck aus Vlotho gestaltet.



Zurück nach Bockelskamp. Im Jahr 2010 gab es ein Problem: Für die alten Damen und Herren waren schon – wie jedes Jahr - die Monoblock-Gartenstühle aufgestellt. Aber das Mahnmal (siehe Foto) bot den alten und jungen Kriegern wohl keinen würdigen Rahmen, es war „verunziert und geschändet“. So weit wir wissen, fand keine Gedenkfeier statt.

Selbstverständlich kann der Landtagsabgeordnete Karl-Heinrich Langspecht nichts für den Freundeskreis seines Vaters – aber ein bisschen peinlich ist es doch, oder? Und wem das Grundstück heute gehört, auf dem das Mahnmal steht, ist zumindest eine Frage wert.



Ein Haushalt voller Löcher – und nichts zum Stopfen?

Die Wirtschaftskrise hat gewaltige Löcher in die öffentlichen Haushalte gerissen, auf kommunaler Ebene schlicht und einfach dadurch, dass die Streuereinnahmen weggebrochen sind. Der Ergebnishaushalt zeigt für das Jahr 2010 und die Folgejahre steigende Schuldenlasten auf: Knapp 24 Mio. Euro in 2010, knapp 17 Mio. in 2011, rund 14 Mio. in 2012, gut 11 Mio. in 2013, gut 8 Mio. in 2014 und immer noch gut 5 Mio. in 2015. Das heißt: Im abgelaufenen und den folgenden fünf Jahren macht die Stadt knapp 80 Millionen Euro neue Schulden. In der Konsequenz wird ein enormer „Spar“-Druck aufgebaut. Trotzdem sind es dann politische Entscheidungen, ob und wo Leistungen gekürzt oder Projekte beendet werden. Und dass es auch geht, die Einnahmesituation zu verbessern, hat der Stadtrat dieses Jahr vorgemacht: Der Gewerbesteuerhebesatz wurde um 10 %-Punkte erhöht, was der Stadt in den kommenden beiden Haushaltsjahren jeweils rund eine Mio. Euro mehr einbringen wird. Der städtische Haushalt fand im Dezember eine Mehrheit aus den Fraktionen von SPD, Bündnisgrünen, FDP und der Fraktion Die Linke/BSG, während die CDU-Fraktion dagegen stimmte. Wir sprachen mit Wolf Wallat, dem Vorsitzenden der Fraktion Die Linke/BSG.

?: Die Haushaltssituation ist ja in der Tat dramatisch. Wo siehst du die Ursachen?

!! Ich habe dieses in unserer Haushaltsrede sehr plastisch erklärt. Man muss sich die Situation als Pyramide vorstellen: der untere, größte Bereich der Pyramide stellt den Aufgabenbereich der Kommunen dar. Der mittlere den der Länder und der obere Bereich die Aufgaben des Bundes. Bei der Finanzausstattung wird die Pyramide auf den Kopf gestellt: die Kommunen verfügen über 14% der Finanzmittel, das Land über 40% und der Bund über 42%. Also: die meisten Aufgaben, aber die wenigsten Mittel; der Rest ist EU. Ich kann deshalb die Jammerei der Kommunalpolitik nicht mehr hören. Sie selbst stellt an der Basis die Kandidaten_innen für den Landtag und den Bundestag auf und ist damit verantwortlich. Ich meine damit alle: schwarz, rot, gelb und grün! Es ist eine Art von „Entdemokratisierung“ unserer Gesellschaft, die mit unserer Verfassung kaum vereinbar ist.

?: Siehst du auch kommunalpolitische „Sünden“ in der Vergangenheit?

!!: Mit Sicherheit! Unsinnige Straßenbauprojekte, die städtische Union, immer wieder externe und teure Gutachten. Ich könnte noch viele Beispiele der letzten Jahrzehnte aufführen.

?: Mit dem neuen Haushalt wurden seit Jahren erstmals der Gewerbesteuerhebesatz angehoben, was für das Jahr 2011 Mehreinnahmen von rund einer Mio. Euro bringen wird. Mit dem aktuellen Hebesatz liegt Celle im Vergleich mit 21 großen Städten im näheren Umland in Niedersachsen immer noch an 15. Stelle, also im letzten Drittel. Warum habt ihr euch mit dieser gemäßigten Erhöhung zufrieden gegeben?

!!: Wir haben einem Mix zugestimmt. Höhere Gewerbesteuer und höhere Grundsteuer. Es ist nicht so, dass Die Linke die Kuh, die sie melken will, auch schlachtet. Der Aufschwung, und damit höhere Grundlagen zur Ermittlung der Gewerbesteuer ist in Celle noch nicht angekommen, danach sehen wir weiter. Ich habe im Rat unsere grundsätzliche Position zur Gewerbesteuer dargelegt. Gewerbesteuer auch für Dienstleister und Freiberufler und das gnadenlos. Ich sehe nicht ein, dass mittelständische Unternehmen Gewerbesteuer zahlen, aber andere mit sechsstelligen Einkommen sich verdrücken können.

?: Im Verhältnis zu den weggebrochenen Einnahmen waren die „Sparvorschläge“, die in der Diskussion waren – z.B. Schließung der Bibliotheksweigstelle oder Verlagerung von Kunst & Bühne – ja wirklich im Bereich von „Peanuts“? An die großen Baustellen, also z.B. die geplanten Investitionen „Allerinsel“ oder „Feuerwehrhauptwache“ wollte niemand ran? Wie steht ihr zu dieser Spardiskussion?

!!: Erstens darf man Sparen nicht mit Kürzen verwechseln. In einigen Bereichen – Jugendhilfe, Soziales – heißt Sparen kürzen. Nicht mit uns! Über die Feuerwehr müssen wir in der Tat neu nachdenken. Das gilt auch für die Allerinsel. An den Bauhof müssen wir ebenfalls „ran“. Die Verwaltung hatte von der Politik den Arbeitsauftrag bekommen, mögliche Sparpotentiale aufzufindig zu machen. Dabei sind auch unsinnige Sachen genannt worden. Politik muss hier entscheiden und das hat sie auch gemacht.

?: Wir sind ja der Auffassung, dass die Konzepte bezüglich der „Allerinsel“ inhaltlich und bezüglich der „Feuerwehrhauptwache“ bezüglich der Finanzierung als Public Private Partnership Projekt problematisch sind. Siehst du hier durch die angespannte Haushaltsdiskussion alternative Gestaltungsmöglichkeiten?

!!: Wir sind ausdrücklich gegen Finanzierungen mit dem Instrument Public Private Partnership. Wenn uns „Beraterfirmen“ vorschlagen, unsere öffentlichen Gebäude etc. von privaten Finanzunternehmen finanzieren zu lassen, bedeutet das für uns, dass da zwei verdienen



wollen. Das muss also insgesamt teurer werden, als wenn wir das selbst machen! Die Position der Linken ist hier glasklar! Wir wollen eine leistungsfähige Verwaltung, die so etwas selbst durchführen und planen kann. Abgesehen davon möchte ich einmal sehen, welche Aufsichtsbehörde unseren Haushalt deswegen nicht genehmigt, weil wir die Feuerwehr selbst bauen wollen. - Die Entwicklung auf der Allerinsel! Ein Spagat für die Politik. Auf der einen Seite bekommen wir Fördermittel, auf der anderen Seite müssen wir einen großen Teil gegenfinanzieren mit Mitteln, die wir nicht haben. Für uns kommt zusätzlich die Frage auf, ob hier zum Beispiel Schicki-Micki Wohnungsmöglichkeiten im Hafengebiet gebaut werden sollen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die WBG hier bauen soll. Wir würden dann lieber auf Fördermittel verzichten und an die Entwicklung der Allerinsel in besseren Zeiten herangehen.

?: *Ihr habt ja dem Haushalt zugestimmt. Kannst du für unsere Leser_innen begründen, warum?*

!!: Vorweg - Die Linke ist keine naive Nein-Sager-Partei. Wir müssen feststellen, dass in den Bereichen Soziales und Jugendhilfe unsere Vorstellungen weitgehend erfüllt wurden. Beispiele: kostenfreie Lernhilfen, kostenfreie Kita-Jahre. Unser Antrag „Klimaschutz“ wurde überwiegend berücksichtigt. Bereiche also, die beispielsweise im Kreistag abgelehnt wurden. Ich will damit sagen: In dem Verwaltungsvorschlag des Haushaltes steckt auch die Handschrift der Linken.

?: *Falls es nach der Kommunalwahl im September eine Mitte-Links-Mehrheit geben sollte, wird die ohne euch nicht auskommen. Was wären eure politischen Eckpunkte für eine Zustimmung zu künftigen Haushalten? Und - sehe ich das richtig: Der aktuelle Haushalt ist ein Doppelhaushalt, so dass die finanzpolitische Diskussion erst Mitte 2012 erneut einsetzen würde?*

!!: Richtig. Spannend wird es im Stadtrat also erst 2012. Zuerst die schon angesprochenen Inhalte: Kein PPP, Großprojekte kommen noch einmal auf den Prüfstand, die Verwaltung wird „stark“ gemacht und nicht ausgedünnt. Das Rathaus, Verwaltung und Entscheidungswege sollen für die Bürger_innen gläsern werden. Weiterentwicklung der Standards in den Bereichen Soziales, Jugendhilfe und Schule. Rekommunalisierung der Stadtwerke. Keine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge jeglicher Art. Kommunalpolitik ist nicht nur Alltagsgeschäft, sondern wir wollen uns auch von Visionen leiten lassen. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: Wir haben einen Arbeitskreis Klimaschutz gegründet. Ziel muss es sein, diesen Arbeitskreis als Querschnittsinstrument zu entwickeln und damit alle städtischen und stadtnahen Institutionen zu lenken. Das alles wird ein dicker Brocken für die etablierten Fraktionen sein.

?: *Eine letzte Frage: Was haltet ihr von der Idee des so genannten Bürgerhaushalts, die sich ja in der Stadt Celle aktuell darauf beschränkte, die Bürger_innen aufzufordern, Sparvorschläge zu machen?*

!!: Der Bürgerhaushalt à la Celle ist ein Witz! Ich glaube, dass die anderen Fraktionen einen umfassenden Bürgerhaushalt gar nicht wollen. Wir haben einen Antrag gestellt, den ersten Finanzausschuss zum jeweiligen Haushalt öffentlich zu machen, weil hier schon Vorentscheidungen fallen. Ergebnis im Verwaltungsausschuss: einstimmig Nein! Ein Bürgerhaushalt muss im Vorfeld transparent gemacht werden. Zum Beispiel durch mehrere öffentliche, attraktiv gestaltete Veranstaltungen. Der Haushaltsentwurf muss den Bürger_innen zugänglich sein, aktuell wird nur der Haushalt aus dem Vorjahr ins Netz gestellt. Und ich erhebe generell einen Vorwurf: Politik muss transparent sein wollen!

Bandiera rossa la trionferà



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf links-(radikale) Laternen stehen fröstelnd beieinander und beginnen ein Gespräch.

Die Dicke: Mein Gott, hab' ich kalte Füße. Und das schon seit Wochen. Warum sind wir hier nur einbetoniert und festgekettet.

Oma Lilo: Mach' dir warme Gedanken. Wünsch' dich weg. Wo möchtest du jetzt am Liebsten stehen?

Die Dicke: Schwierige Frage. Vielleicht nach Orinoco, dem Geburtsort von Evo Morales. Mal schauen, wie diese Organisation der Dorfgemeinschaften über die *Sindicatos* funktioniert. (1)

Der Besserwisser: Du weißt aber schon, dass es da im Jahresdurchschnitt erheblich kälter ist als hier?

Die Dicke: Upps, dann ziehe ich mir so einen *Chompa* über, so einen schönen bunten Pullover. Aber nein, dann lieber Mexiko. Vielleicht Oaxaca. Eine Altstadt ohne McDonalds ...

Klein Jonas: ... wie bei uns.

Die Dicke: ... und die Stadt der ersten *Commune* des 21. Jahrhunderts. Niedergeschlagen – leider; aber das Gespenst des – im übrigen gewaltfreien Aufstands – dürfte noch durch die Gassen streichen. Ihr wisst, 2006 wurden Rathäuser besetzt, öffentliche Straßen, Plätze und Gebäude blockiert. Ungefähr 350 Organisationen, indigene Gemeinden, Gewerkschaften und bürgerliche Zusammenschlüsse gründeten die APPO, die *Versammlung der Menschen von Oaxaca* und erklären die offiziellen Regierungen für illegitim. Das hatte was von Pariser Commune. - Aber sag' du.

Oma Lilo: Vielleicht komme ich mit, aber in irgendeine der autonomen Kommunen in Chiapas. „*Preguntando caminamos.*“ (2)

Klein Jonas: Was heißt das?

Oma Lilo: „*Fragend gehen wir voran.*“ Das Motto der Zapatisten, vielleicht die derzeit radikalste konzeptionelle und praktische Infragestellung des herrschenden Politikbegriffs. Denkt auch an John Holloway.

Der lange Lulatsch: Nana. Und „*Der kommende Aufstand?*“ (4)

Oma Lilo: Dann willst du also nach Frankreich?

Der lange Lulatsch: Wenn ihr vom 21. Jahrhundert spricht, solltet ihr wohl eher auf die Metropolen schauen, oder? Ja, ab nach Clichy-sous-Bois. Mal sehen was dran ist an der grundlegenden Unregierbarkeit und Disziplinlosigkeit in den Vorstädten von Paris. „*Alle Bündnisse sind da überflüssig, wo man sich verbündet, die Organisationen sind immer da zuviel, wo man sich organisiert.*“ Da hätte ich gern mal den Faktencheck. Und dass ich arbeitsscheu bin, wisst ihr doch. Deshalb liebe ich ihre Losung: „*Autonom werden*“ könnte auch gut heißen: *lernen, auf der Straße zu kämpfen, sich leere Häuser zu nehmen, nicht zu arbeiten, sich wie verrückt zu lieben und in den Supermärkten zu klauen.*

Der Besserwisser: Und dass sie den Erfolg der kämpfenden Kommunen davon abhängig machen, „sich dauerhaft den elementaren Lebensunterhalt zu beschaffen, sich die Mittel seiner Produktion anzueignen“, hast du überlesen? Wie ernährt man sich, wenn alles lahmgelegt ist, fragen sie nicht zu unrecht – und verweisen auf die Kleingärtnerei. Naja.

Oma Lilo: Wieso der Hohn? Was ist falsch an der These, dass subsistenzorientierte Strukturen die kommenden Krisen am ehesten überleben werden?

Der Besserwisser: Ich weiß nicht. 7 Milliarden Menschen, fast die Hälfte davon lebt heute in Städten, 10 % davon in Megacitys. Eine Produktion auf Kleingartenebene würde die wohl dem Verhungern preisgeben.

Oma Lilo: Du willst in der Stadt bleiben, oder?

Der Besserwisser: Wahrscheinlich schon. Marx ging über Paris nach London. Wohin würde er heute gehen? Nach Shanghai vielleicht. China ist die Supermacht des 21. Jahrhunderts, hier entscheidet sich die Zukunft. (5) Ich will nach Dezhou. Eine 5-Millionen-Stadt im Nordwesten, künftiges chinesisches Solar-City. Und da will ich an einer Photovoltaik-Fabrik stehen, und den Arbeiterinnen und Arbeitern lauschen: Ihre Bedürfnisse und Hoffnungen kennenlernen, die Organisation ihrer Kämpfe studieren. Und um euch mal entgegenzukommen: Und wenn dann zwei Geheimpolitisten sich im Dämmerlicht meiner Laterne eine Zigarette anzünden, beginne ich derart zu flackern, dass noch in 500 Meter Entfernung jede und jeder weiß, was gerade gespielt wird.

Oma Lilo: Und du Jonas, wohin willst du?

Klein Jonas: Ich will nach Senj.

Oma Lilo: Aaah, die Küstenstadt in Kroatien. Du willst zur ...

Klein Jonas: Ja, ich will zur Roten Zora und ihrer Bande. (6) All das worüber ihr redet, geht nicht ohne Solidarität. Und was das ist, weiß niemand besser als Zora und Branko.

Oma Lilo: Vielleicht hast du recht. Und schön und warm, jedenfalls wärmer als hier, ist es auch.

Die Dicke: Lasst uns ein Lied singen, aus dem Süden. Vielleicht vertreiben wir damit wenigsten innerlich Väterchen Frost. Avanti o popolo? Dann alle.

*Avanti o popolo, alla riscossa, / Bandiera rossa, Bandiera rossa.
Avanti o popolo, alla riscossa, / Bandiera rossa trionferà.*

*Bandiera rossa la trionferà / Bandiera rossa la trionferà
Bandiera rossa la trionferà / Evviva il comunismo e la libertà.*

[Vorwärts Volk, zum Gegenangriff, Die rote Fahne wird triumphieren. // Die rote Fahne wird triumphieren, Es lebe der Kommunismus und die Freiheit.]

(1) Helge Buttkereit, Utopische Realpolitik. Die Neue Linke in Lateinamerika. Bonn 2010.

(2) Philipp Gerber: Das Aroma der Rebellion. Zapatistischer Kaffee, indigener Aufstand und autonome Kooperativen in Chiapas, Mexiko. Münster 2005.

(3) Albert Sterr: Mexikos Linke - ein Überblick. Soziale Bewegungen, Guerillagruppen und die 'Andere Kampagne' der Zapatisten. Köln 2008.

(4) Unsichtbares Komitee: Der kommende Aufstand. Hamburg 2010.

(5) Theodor Bergmann: Rotes China im 21. Jahrhundert. Hamburg 2004.

(6) Kurt Held: Die rote Zora und ihre Bande. Düsseldorf 2007.



Viele Fragen bleiben bisher offen

Acht Liter Wasser für ein Hähnchen benötigt der in Bau befindliche Geflügelschlachthof in Wietze – täglich die zweifache Menge des Wassers im Wietzer Freibad: bei zwei Schlachtlinien also drei bis vier Millionen Liter – täglich! Nachdem die Betreiberfirma *Celler Land Frischgeflügel GmbH* die Option einer Wasserentnahme in Bannetze/Thören nicht weiter verfolgte, wurde im Herbst ein Liefervertrag mit der SVO geschlossen. Im Dezember konfrontierte die BI Wietze die Öffentlichkeit mit einer brisanten Information: Die Menge von bis zu 1,15 Million Kubikmeter pro Jahr soll vom Wasserwerk Garßen aus über eine neue Wasserleitung bis nach Hambühren transportiert werden. Dort soll das Wasser in eine bereits vorhandene 300 mm Transportleitung eingespeist und nach Wietze geleitet werden. Die politischen Gremien in Stadt und Landkreis, ja nicht einmal der Oberbürgermeister der Stadt Celle, waren hierüber bis dahin informiert.

Selbstverständlich ist die Frage berechtigt, die die BI Wietze stellt: Sind die verantwortlichen Politiker in Celle bereit, das qualitativ hochwertige Trinkwasser aus Garßen einer agrarindustriellen Geflügelfleischfabrik als Prozesswasser zur Verfügung zu stellen? Und die Bürgerinitiative verweist auf das Wasserhaushaltsgesetz (§ 50, Abs. 2, Satz 1): „Der Wasserbedarf der öffentlichen Wasserversorgung ist vorrangig aus ortsnahen Wasservorkommen zu decken, soweit überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dem nicht entgegenstehen“. Aber eine politische Entscheidung, die diesem Aspekt Rechnung trägt, wurde scheinbar bewusst umgangen oder vermieden. Oberbürgermeister Mende (SPD) jedenfalls zeigte sich „erstaunt, dass hier offensichtlich an der Stadt vorbei verhandelt wurde.“

Die SVO beliefert die Gemeinden des Landkreises Celle - ausgenommen die Stadt Bergen - mit rund 4,2 Mio. Kubikmeter Trinkwasser jährlich. Das Stadtgebiet Celles wird mit rund 4,7 Mio. Kubikmeter von der Stadtwerke GmbH versorgt. Hier ist die SVO im Auftrag der Stadtwerke Betriebsführer für das Wassernetz. Vor diesem Hintergrund ist die Geflügelschlachanlage ein Großabnehmer. In der ersten von vier möglichen Schlachtlinien werden rund 250000 Kubikmeter jährlich benötigt, maximal seien 1,15 Millionen Kubikmeter

geplant, ließ SVO-Sprecher Andreas Gerow gegenüber der CZ verlauten.

Bei diesen Dimensionen stellt sich die Frage nach den Folgen? Der Landkreis Celle, an den sich die bündnisgrüne Kreistagsabgeordnete Annegret Pfützner wandte, wiegelte ab: „*Negative, förderbedingte Auswirkungen durch die Lieferung der SVO an den Geflügelschlachthof auf [...] die Samtgemeinden, Gemeinden und Städte sind nicht zu erwarten. Nach meinem Kenntnisstand haben die betroffenen Einwohner keine Beeinträchtigung ihrer Trinkwassermenge zu befürchten.*“

Transparenz ist etwas anderes als diese Art der Verbreitung von Allgemeinplätzen. Zwar ist eine Grundwasserabsenkung unwahrscheinlich, da Wasser des Wasserwerkes Garßen aus Vorkommen unterhalb einer natürlichen Sperrschicht entnommen wird, also kein offener Grundwasserleiter vorliegt. Unklar bleibt, welche Auswirkungen die Kapazitätsausweitung mittelfristig haben kann. Die Auswirkungen des Klimawandels z.B. müssten bedacht werden.



Für die SVO dürfte der Vertrag mit der Celler Land Frischgeflügel GmbH zweifellos profitabel sein. Aber es stellt sich die Frage, ob und in welcher Form die normalen Kunden ihr Schärfflein zu diesem Deal beitragen? Transparenz würde also beinhalten, dass die wesentlichen Bestandteile des Vertrages offengelegt werden. Nur so kann ausgeschlossen werden, dass die Tarifkunden den Leitungsbau nach Hambühren teilweise mit ihren Gebühren bezahlen. Der Landkreis Celle ist Gesellschafter der SVO, Landrat Wiswe sitzt im Aufsichtsrat. Der Kreistag und die Bevölkerung dürfen also mit Recht mehr erwarten als die üblichen Beschwichtigungformeln.

Auf einen weiteren Aspekt machte Dirk Weißenborn von der BI Wietze aufmerksam: „*Das Garßener Wasser ist von ausgezeichneter Qualität. Schade, dass es unsere Region nach „Benutzung“ und entsprechender Qualitätsänderung über die Aller verlassen wird. Aber dann gehört es wieder der Allgemeinheit!*“

Zur Abwasserfrage hatte der BUND bereits im März 2010 eine Stellungnahme abgegeben: http://regionhannover.bund.net/fileadmin/bundgruppen/bcmshannover/Stellungnahmen/STNWietzeabwasser20100328__2_.pdf

Gesundheitsrisiken durch Tiertransporte

Die BI Wietze hat eine US-amerikanische Studie der John Hopkins Bloomberg School of Public Health zum Thema „Food animal transports“ durch den Immissionschutzsachverständigen Knut Haverkamp zusammenfassen und bewerten lassen. Das Ergebnis:

„Die Befunde beweisen, dass die Transportfahrzeuge für Masthähnchen Emissionen freisetzen, die Bakterien wie Enterokokken oder Staphylokokken enthalten, welche zum einen resistent gegen humanmedizinisch wichtige Antibiotika sein können und zum anderen eine Gefahr für die Gesundheit von Menschen darstellen. Des weiteren wurde belegt, dass die emittierten Bakterien in der Umgebung mindestens 20 Minuten überleben und danach noch Kolonien bilden können.

Vor dem Hintergrund, dass auf einen LKW etwa 6.000 – 8.000 Tiere passen und in dem geplanten Schlachthof 27.000 Tiere pro Stunde geschlachtet werden sollen, ist davon auszugehen, dass ungefähr alle 30 Minuten ein LKW die Ortsdurchfahrt von Wietze nutzen wird [...]. Angesichts des o.g. stellt sich die Frage, wie es verantwortet werden kann, dass der Transport von Masthähnchen in frei durchlüfteten Fahrzeugen entlang bewohnter und stark befahrener Straßen stattfindet. Die US-Studie ist ein starkes Indiz dafür, dass zukünftig entlang den Transportrouten mit einer Kontamination von Häuserfronten, Türklinken, Ampelanlagen, aber auch angebotenen Waren wie Kleidung oder Eis auch mit antibiotikaresistenten Bakterien zu rechnen ist. Die abgelagerten Bakterien werden dabei in der Lage sein, sich zu vermehren und zumindest immungeschwächte Menschen wie Kinder und Alte ernsthaft erkranken zu lassen. Aufgrund der vorhandenen Resistenzen gegen einige antibiotische Medikamente wird sich die Behandlung schwierig darstellen.

Eine besondere Gefahr besteht daher für den Kindergarten an der ampelgeregelten Kreuzung Nienburger Straße – Hornbosteler Straße. Dort werden die Transporte aus verschiedenen Region zusammengeführt und teilweise vorübergehend gestoppt, wodurch es zu einem Konzentrationseffekt und der damit verbundenen Akkumulation von Krankheitserregern kommen wird.“

www.bi-wietze.de/uploads/Eigen/Aktuelles/Haverkamp%20Tiertransporte.pdf

www.bi-wietze.de/uploads/Eigen/Aktuelles/JHBSPH-Studie.pdf

„Die Linke – B'90/Die Grünen“ in Wietze fordern Schlachtsteuer

[...] Für den heute noch als unwahrscheinlich geltenden Fall der Produktionsaufnahme im geplanten Geflügelschlachthof der „Celler Land Frischgeflügel GmbH in Wietze, kündigen die Mitglieder der Gruppe „Die Linke – B'90/Die Grünen“ im Wietzer Gemeinderat an, zur Haushaltssanierung 2012 und zur Einführung politischer Steuerungsmechanismen vom Steuerfindungsrecht der Kommunen Gebrauch zu machen und zusammen mit der Mehrheit im Gemeinderat eine kommunale Schlachtsteuer für Rinder, Schweine, Schafe und Geflügel einzuführen. Die Schlachtsteuer war im 19. und 20. Jahrhundert bis 1945 eine in Preußen, Sachsen und Bayern weit verbreitete kommunale Steuerquelle. [...]

In jüngster Vergangenheit werden in verschiedenen Bundesländern die unterschiedlichsten Beispiele für die Einführung neuer Steuerarten auf kommunaler Ebene diskutiert. (Sex- oder Bettensteuer, Zweitwohnungssteuer, Pferdesteuer). Nach

Auffassung der beiden Wietzer Ratsmitglieder Sabri Kizihan (Linke) und Claus Friedrich Schrader (Grüne) erfüllt eine kommunale Schlachtsteuer sowohl die Anforderungen an die Beschaffung von Mitteln zur Haushaltsanierung als auch die der gewollten politischen Steuerungsmechanismen für Mastenthaltung- und Lebensmittel-Verarbeitung!

Presseerklärung, Wietze, 14. Dezember 2010

Mehr als nur der „charakteristische Geruch“

Auf Antrag der SPD Ratsfraktion hat die Stadtverwaltung eine Übersicht über die Folgen von Geflügelschlachtbetrieb Wietze und eventuell entstehenden Mastanlagen für das Stadtgebiet gegeben; hier einige Auszüge:

Der Schlachtbetrieb wird Verkehrsaufkommen erzeugen:

- Mitarbeiter, Handwerker und Vertreter: täglich zusätzlich 1.610 Kfz-Bewegungen (Endausbaustufe) zu gleichen Teilen aus Ost und West (laut Bebauungsplan-Entwurf)
- Anlieferung, Auslieferung, Ver- und Entsorgung: täglich zusätzlich 127 Lkw tagsüber (6 bis 22 Uhr) und 66 nachts (22 bis 6 Uhr) (Investorangaben)

Geruchs- und Staubemissionen

- Die Abluft von Hähnchenmastanlagen wird über Kamine an die Umgebung abgegeben. Der charakteristische Geruch im Umfeld solcher Anlagen ist durch den im Hühnerkot enthaltenen Ammoniak bedingt. Selbst unter Einhaltung der Grenzwerte und der durch das Regelwerk vorgegebenen Abstände ist es nicht auszuschließen, dass der typische Geruch auch in Wohn- und Erholungslagen wahrnehmbar ist.
- Der anfallende Kot wird gesammelt und in der Regel als Dünger auf Ackerflächen ausgebracht. Es besteht die Möglichkeit, dass es dadurch zu zusätzlichen Geruchsbelästigungen auch in Wohn- und Erholungslagen kommt.
- Die Emissionen der Stallanlagen können die Feinstaub- und Keimbelastung in der Luft erhöhen. Insbesondere für Allergiker und Asthmatiker ist eine erhöhte Belastung möglich.

Landschaftsbild

- Hähnchenmastanlagen sind aufgrund ihrer Geruchsemissionen auf den Außenbereich angewiesen. Das technisch-gewerbliche Erscheinungsbild solcher Anlagen mit Abluftkaminen und Futtersilos kann eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und damit der Erholungsfunktion darstellen.
- Als Futtergrundlage für Masthähnchen dient überwiegend Körnermais. Es ist möglich, dass dadurch vermehrt Mais angebaut wird mit entsprechender Anderswirkung des Landschaftsbildes.

Boden

- zusätzliche Flächen-Inanspruchnahme und Bodenversiegelung mit Verlust der Bodenfunktionen
- Belastung von Ackerflächen durch Medikamentenrückstände in der ausgebrachten Gülle

aus: Anlage „Übersicht Folgenabschätzung“ zur Mitteilung zum Antrag Nr. 37/2010 „Auswirkungen des Hähnchenschlachtbetriebes Wietze auf das Stadtgebiet Celle“ (Stand: 08.07.2010)

Das Kartenhaus wackelt



Die bisher größte Demonstration im Wendland gegen die Gorlebener Atomanlagen fand 1977 statt. Wenige Wochen nach der Standortbenennung trafen sich 20.000 Menschen, um gegen die Pläne für ein "Nukleares Entsorgungszentrum" zu protestieren. Die bisher größte Demo gegen

Castor-Transporte nach Gorleben gab es 1997 in Lüneburg. Da kamen 25.000 Menschen zusammen.

Diese "Rekorde" hatten bis zum 6. November 2010 Bestand, als 50.000 Menschen zwischen den wendländischen Dörfern Nebenstedt und Splietau gegen den Castor-Transport, gegen den weiteren Ausbau des ungeeigneten Salzstocks in Gorleben zu einem Atommüll-Endlager und gegen die Atompolitik der Bundesregierung demonstrierten. 400 Busse aus dem ganzen Bundesgebiet waren nach Dannenberg gerollt. Auch das ein einsamer Rekord.

Und in den Tagen danach haben sich X-tausende an Blockadeaktionen auf Schienen und Straßen beteiligt. Ziviler Ungehorsam ist nicht mehr nur etwas für die üblichen Verdächtigen, sondern wird bis weit ins Bürgertum als legitime Form der politischen Partizipation anerkannt.

Der Castor-Transport brauchte so lange wie nie zuvor. Dass er schließlich doch noch angekommen ist, war für die meisten Demonstrant_innen irrelevant. Oft genug war betont worden: Es geht letztendlich nicht darum, dass der Castor umdreht, sondern Ziel der Proteste ist eine Umkehr der Bundesregierung in der Atompolitik.

So gesehen ist die Euphorie, mit der viele Aktive trotz aller Erschöpfung nach Tagen des Widerstandes das

Wendland wieder verlassen haben, etwas zweischneidig. Schließlich hat die Bundeskanzlerin angesichts der Ereignisse rund um den Castor noch nicht erklärt, dass das neue Atomgesetz ein Fehler ist, sie den Deal mit den Stromkonzernen bitter bereut und alles wieder rückgängig machen wird.

Aber so funktionieren politische Prozesse auch gar nicht. Gesellschaftlicher Druck entwickelt nur langsam seine Wirkung, muss sich seinen Weg durch die Institutionen erst suchen. Trotzdem sind wir unserem Ziel, der Stilllegung aller Atomkraftwerke und dem Verzicht auf den maroden Gorlebener Salzstock in diesen wendländischen Tagen entscheidende Schritte näher gekommen.

Der erste Faktor sind die Demonstrant_innen selbst: Es war anstrengend, es war kalt, viele haben kaum Schlaf gefunden, manche wurden mit Polizeigewalt konfrontiert. Und trotzdem nehmen fast alle neue Energie und Motivation mit nach Hause. Alle Rückmeldungen, die wir in den letzten Tagen bekommen, belegen dies: Trotz Bundestagsentscheidung für Laufzeitverlängerungen, trotz Ankunft des Castor-Transports in Gorleben sind Resignation oder Ohnmachtsgefühl für die Anti-AKW-Bewegung am Ende des bewegten Jahres 2010 Fremdworte. [...]

Der zweite Faktor ist die Öffentlichkeit: 650 Journalist_innen waren im Wendland unterwegs, auch dies ein neuer Rekord. Und sie haben in ihrer Berichterstattung die neue Qualität des Protests und Widerstands deutlich rübergebracht. Fast eine Woche lang war die ungelöste Atommüll-Entsorgung, die verantwortungslose Atompolitik der Bundesregierung und der mutige Aufstand der Bevölkerung dagegen Thema Nummer 1 in den Medien. Und durch diese mediale Vermittlung konnten wir große Teile der Bevölkerung mit unseren Argumenten erreichen. Ein schönes Fazit war dieser Tage in der Süddeutschen Zeitung zu lesen: *"Der schwerste Fehler, den Angela Merkel aber je gemacht hat, ist die Verlängerung der Laufzeiten für die Kernkraftwerke. Ohne Not hat sie dem Drängen der Industrie nachgegeben und ein Fass aufgemacht, aus dem Unheil quillt nicht nur für sie und die Union."*





Der dritte Faktor ist die Polizei: Deutlich wie nie haben sich Polizeigewerkschaften aber auch tausende Beamten mit dem Anliegen der Demonstrant_innen solidarisiert und einer erstaunten Öffentlichkeit deutlich gemacht, dass die Polizei nicht willens und nicht in der Lage ist, weiter für eine verfehlte Politik der Bundesregierung ihren Kopf hinzuhalten. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, erklärte in einem Interview: *"Wir dürfen nicht irgendwelchen Lobbyinteressen nachkommen, wenn es um die Zukunft unseres Landes geht. Sonst wird ein Spalt in die Gesellschaft getrieben. [...] Ich glaube, dass die Dimensionen des Protests zunehmen, wenn die Bundesregierung ihren Kurs nicht ändert. [...]"*

Unterm Strich hat sich die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit in diesen Castor-Tagen noch einmal deutlich weiter von der atompolitischen Position der Bundesregierung wegbewegt. Viele derjenigen, denen das Thema bisher egal war, haben jetzt verstanden, worum es geht und sympathisieren mit der Anti-AKW-Bewegung. Diejenigen Atomkraftgegner_innen, die nicht mit im Wendland waren, sind durch das, was sie in den Medien miterleben konnten, angestoßen worden, in Zukunft selbst stärker aktiv zu werden. Und alle, die dabei waren, ob "nur" bei der Großdemo am 6.11. oder bei den unzähligen Aktionen rund um den Transport, wissen nun, was sich bewegen lässt, wenn man erst mal damit anfängt.

Damit die Ereignisse im Wendland aber wirklich Früchte tragen, gibt es nur eine Möglichkeit: Wir müssen dran bleiben, den Druck aufrechterhalten, die Anti-Atom-Bewegung in die Fläche tragen, weitere Mitmenschen zum Mitmachen bewegen und alle Möglichkeiten nutzen, Atomwirtschaft und Bundesregierung weiter in die Defensive zu bringen. Irgendwann wird das Kartenhaus zusammenstürzen. Wir sind auf einem sehr guten Weg!



Quelle:
www.ausgestrahlt.de,
17.11.2010

Blockade in Dalle Zwei Stunden Stopp für Castor

Als der Castor-Transport am 7.11.2010 um 12.14 Uhr den Celler Hauptbahnhof passierte, war in Dalle zwischen Eschede und Unterlüß schon eine Schienenblockade aufgebaut. Sie zwang den Transport schließlich zu einem zweistündigen Stopp. - Die Aktion wird ein rechtliches Nachspiel haben, was Geld kostet. Wer die Aktion unterstützenswert findet und Geld entbehren kann, kann einzahlen auf das Konto: „Spenden & Aktionen“ Stichwort: Castorblockade Dalle Kto.-Nr. 92881806 BLZ: 513 900 00 (Volksbank Mittelhessen)

Mehr Hintergrundinfos, viele Fotos und ein Film unter: <http://castorblockadedalle.wordpress.com/>; daraus auch die Erklärung (leicht gekürzt):



„[...] Strahlende Brennelemente auf Gleisen quer durch Frankreich und Deutschland zu karren, ist ein enormer Unsicherheitsfaktor. Wichtiger noch: Es gibt weltweit kein sicheres Endlager für Atomschrott, wie die Debatte um den Standort Gorleben und die Erfahrungen mit dem gescheiterten Modell-Endlager Asse II eindrucksvoll offenbarten. Ebenso wie die Asse steht auch der Gorlebener Salzstock nicht für eine Lösung des Atommüllproblems, sondern für dessen Verlängerung. Zu allem Überfluss sollen die heutigen und die zukünftigen Generationen dieses unberechenbare Risiko auch noch für eine vollkommen unnötige und ineffiziente Technologie auf sich nehmen: Atomstrom ist weder flexibel, noch günstig, noch grün - zum Beispiel wegen des notwendigen Uranabbaus. [...]"

Das und die Herrschaftsverhältnisse, aus denen die Atompolitik von oben entspringt, halten wir für unverantwortbar. Deshalb möchten wir aktiv werden, unser Leben selbst in die Hand nehmen und in die Gestaltung der Welt um uns herum eingreifen.

Um ein direktes Resultat zu erreichen und Aufmerksamkeit auf die Möglichkeit des unabhängigen Engagements auch kleiner Gruppen von Menschen zu richten, haben wir uns für diese Aktionsform entschieden.“

Stromwechsel heißt, den Atomkonzernen weh tun

SVO? No! – Avacon? Weg davon!

Die vier großen Energiekonzerne – E.ON, Vattenfall, EnBW und RWE – sind die uneingeschränkten Gewinner des Atomdeals der Bundesregierung. Durch die verlängerten Laufzeiten und die damit verbundenen steuerfreien Rückstellungen werden sich ihre Zusatzgewinne zwischen 100 und 150 Milliarden Euro bewegen. Doch ihr Interesse beschränkt sich nicht auf die Milliardengewinne von morgen, sie wollen auch übermorgen den Energiemarkt beherrschen: Mit der Laufzeitverlängerung wird der dynamische Ausbau erneuerbarer Energien ausgebremst, deren Dezentralität einen Machtverlust der großen Vier bedeuten würde.

Deshalb sollte klar sein: Die eigentlichen Gegner der Anti-AKW-Bewegung sitzen nicht in Berlin, sondern in Düsseldorf, Essen und Karlsruhe. Und die Konsequenz?

SVO? – No!

Avacon? – Weg davon!

E.ON? – OFF!

Atomkonzerne abschalten! Für die Region Celle heißt das: Weg von der Stromversorgung Osthannover GmbH, die im Versorgungsgebiet Celle/Uelzen immer noch der marktdominierende Anbieter ist: Die SVO Vertrieb GmbH lieferte 2009 rund 893 Millionen Kilowattstunden Strom an 137.471 Kund_innen sowie rund 1.595 Millionen Kilowattstunden Gas an 49.714 Kund_innen.

Die Geschäftsstruktur ist etwas unübersichtlich: Im letzten Jahr wurde die SVO zu einer Holding GmbH mit den Sparten SVO Energie GmbH sowie SVO Netz GmbH umgeformt. Wichtiger sind die Anteilseigner, und das sind: der Landkreis Celle ist mit 18,8 %, der Landkreis Uelzen mit 13,2 % und der Wasserversor-

gungsverband im Landkreis Celle mit 4 % - zusammen 36 %. Die E.ON Avacon AG hält 64 %; und diese E.ON Avacon AG gehört zu 66,5 % der E.ON AG, dem größten nichtstaatlichen Energiekonzern der Welt.

Über die Tochter E.ON Kernkraft betreibt der Konzern sechs Atomkraftwerke in Bayern, Niedersachsen sowie Schleswig-Holstein und ist an weiteren fünf beteiligt. Mitte dieses Jahres soll E.ON zudem die Betriebsführung für Krümmel und Brunsbüttel von Vattenfall übernehmen. Hier eine Übersicht:

	*1)	*2)	*3)
Isar 1	1979	100	878
Isar 2	1988	75	1.410
Brokdorf	1986	80	1.410
Unterweser	1978	100	1.345
Grohnde	1985	83,3	1.360
Grafenrheinfeld	1981	100	1.275
Krümmel	1984	50	1.402
Brunsbüttel	1977	12,5	806
Emsland	1988	33,3	1.400
Gundremmingen	1984	25	2 × 1344
1) Jahr der Inbetriebnahme			
2) Beteiligung der E.on Kernkraft in %			
3.) Leistung in Megawatt (MW)			

Das sind mindestens 10 gute Gründe, zu sagen: SVO? No! – und den Strom- und Gasanbieter zu wechseln. In Hamburg gibt es eine Kampagne "Tschüss Vattenfall", an die in Celle/Uelzen angeknüpft werden sollte. Der Wechsel zu Anbietern, die in keiner Weise mit der Atomindustrie verbandelt sind und am besten selbstverständlich auch keinen Atomstrom vermarkten, tut ihnen wahrscheinlich mehr weh als jede Demonstration oder Pressemitteilung von Greenpeace.

Wechseln - aber wie?

Stromwechsel ist unkompliziert. Es droht keine Versorgungslücke, denn der örtliche Netzanbieter garantiert die lückenlose Stromversorgung. Und der neue Stromanbieter übernimmt die Kündigung beim bisherigen Versorger. Das einzige Problem ist also, den „richtigen“ Anbieter herauszufinden. Gar nichts falsch machen



kann man/frau, bei den „sauberen Vier“: Greenpeace Energy (040 / 808 110-600), Lichtblick (040 - 63 60 0), Elektrizitätswerke Schönau (07673 - 888 50) und Naturstrom (0211 - 77900 - 0). Am einfachsten ist es, „online“ zu wechseln; den Vertrag kann man/frau aber auch telefonisch anfordern. Alle dann für den neuen Vertrag erforderlichen Informationen entnimmt man/frau der letzten Stromabrechnung. Nachdem der neue Vertrag ausgefüllt und abgeschickt ist, erledigt der neue Stromanbieter alles weitere und kündigt für den/die neue Kund_in auch bei der SVO. Hier mal eine Übersicht über die aktuellen Tarife (ab 01.02.2010), vergleichsweise am Ende die SVO:

	Cent/kWh	Grundbetrag in Euro pro Monat
Greenpeace Energy	24,80	8,90
Lichtblick	23,64	8,95
EWS Schönau	23,90	6,90
Naturstrom	21,25	7,95
SVO (allge. Tarif)	22,50	5,63
SVO (XL Tarif)	20,61	9,52

Die „sauberen Vier“ sind also für den einzelnen Haushalt etwas „teurer“ als die SVO, der Unterschied ist aber schnell eingespart, wenn zusätzlich zum Wechsel ein paar Energiespartipps umgesetzt werden.

Aber: Wichtig ist der Abschied von dem Atomkonzern E.ON, deshalb spricht nichts gegen einen Wechsel zu Anbietern, bei denen E.ON, RWE, Vattenfall oder EnBW ihre Finger nicht drin haben und deren „Ökostrom“ sich im wesentlichen aus Wasserkraft speist – und da gibt’s einige, die sogar billiger sind als die SVO.

Es muss nicht teurer sein!

Aber da sollte man/frau genau hinschauen, denn wer z.B. bei dem Vergleichsportaal VERIVOX nach Ökostromanbietern sucht, wird aktuell die günstigen Angebote bei „priostrom“ sowie „eprimo“ finden. In beiden Fällen wird hier 100 % Wasserkraft als Ökostrom vermarktet, was die Energiewende nicht unbedingt voranbringt, aber die Atomenergiekonzerne an der Stromproduktion nichts verdienen lässt. Aber Achtung: Bei „eprimo“ ist RWE Energy alleinige Gesellschafterin – also Finger weg davon! Bei „priostrom“ ist es etwas komplizierter. Das Unternehmen hat seine Wurzeln im Telekommunikationsmarkt und bietet seit Anfang 2010 auch bundesweit verfügbare Stromtarife an. Letztlich scheint hinter diesem Anbieter die Glotec Ventures, eine international agierende Venture Capital (Wagniskapital) Beteiligungsgesellschaft, zu stecken.

Immerhin findet sich aktuell ein finanziell attraktiver Anbieter mit weitgehend weißer Weste. Es handelt sich um "stromistbillig Öko S 12 mit jährlicher Vorauszahlung" – das ist ein Angebot der Stadtwerke Pforzheim,

die ihrerseits nur mit der Thüga AG verbunden sind, einem Gemeinschaftsunternehmen verschiedener Stadtwerken. Dahin kann man/frau wechseln, den Atomenergiekonzernen die Nase zeigen und auch noch sparen. Nachteil: Die Jahresrechnung muss vorab gezahlt werden; aber hier der Vergleich zum jeweils günstigsten Tarif der SVO – selbst unter Nichtbeachtung des Neukundenbonus ist dieser Tarif günstiger als die jeweils günstigsten der SVO:

Jahresverbrauch (in kWh)	1500	2500	3500
Kosten (in €)	287,41	494,93	702,34
Neukundenbonus (in €)	98,00	98,00	128,00
Vergleich SVO (Diff. in €)	- 114,39	-135,81	-149,52

Am einfachsten ist der Wechsel online über: <http://www.stromistbillig.de>. Wer sich die Unterlagen postalisch schicken lassen will, kann hier anrufen: 0180 / 579 74 48 (*14 ct/min aus dem deutschen Festnetz).

Wer sich die jährliche Zahlung nicht leisten kann oder will, ist dann vielleicht am besten bei der Aachener energieGUT GmbH aufgehoben. Neben der Beteiligungsgesellschaft der Trianel European Energy Trading GmbH (58,3 %) haben verschiedene Stadtwerke Anteile (41,7 %). Das Ökostromprodukt „Hallo Natur!“ baut auf Strom aus einem Wasserkraftwerk in Bjølvo (Norwegen). Dieser Tarif ist mit dem ok Power-Siegel des Öko-Instituts e.V. ausgewiesen. Der Tarif beträgt aktuell 19,92 ct/kWh sowie monatlicher Grundgebühren in Höhe von 7,12 Euro und liegt so gleichauf mit den normalen Tarifen der SVO. Der Wechsel ist nur online zu machen: www.energiegut.de

In diesem Jahr steht die Neuvergabe der Konzessionsverträge in der Stadt und vielen Landkreisgemeinden an. Die SVO will hierbei im Geschäft bleiben – auch da könnte man/frau ihnen mit dem Wechsel in die Suppe spucken! Deshalb: Jede_r AKW-Gegner_in sollte Teil der Kampagne „SVO? No!“ werden und nicht nur selbst wechseln (falls nicht schon geschehen), sondern vor allem Freun_dinnen und Bekannte zum Wechsel überreden. Ab Mitte Februar wird es voraussichtlich eine Kampagnenwebsite, Flyer, Aufkleber etc geben.





Mitglieder_innen der Transition Town Initiative Celle wurden an einem Samstag Mitte Dezember zufällig darauf aufmerksam, dass auf dem Gelände des zur Zeit leerstehenden Gebäudes "Alter Bremer Weg 27" Arbeiter der Fa. Roselieb neben 12 weiteren Bäumen auch eine riesige Buche fällten. Weitere Bäume auf dem Grundstück sollten ebenfalls der Säge zum Opfer fallen. Es war gänzlich unklar, ob zum Fällen der Bäume eine irgendwie geartete Genehmigung vorlag. - Die Transition Town Initiative hatte zwischenzeitlich herausgefunden, dass zumindest ein Baum auf dem Grundstück in die Vegetationsschutzsatzung der Stadt aufgenommen war. Die herbeigerufene Polizei unterband daraufhin die vorgesehen Fällung dreier weiterer Bäume auf dem

Grundstück, bis eine Genehmigung vorgelegt würde. Mit Rauhfaser, Kleister, Pinsel und Abtönfarbe wurde am Sonntag die Forderung nach dem Erhalt der stehengebliebenen Bäume plakativ gemacht. Aber am Montag ging der Kahlschlag weiter, wobei die beiden in die Vegetationsschutzsatzung aufgenommenen Bäume verschont blieben, nicht aber die drei auf dem Foto zu sehenden Bäume.

Die neue Besitzer „Gessner & Raap“ wollen auf dem abgeholzten Grund – wie von Nachbarn zu hören war – 12 Eigentumswohnungen errichten. Deutlich wurde, dass die Celler Vegetationsschutzsatzung im Privateigentum eine Grenze kennt, die auch den schönsten Baum bei Bedarf der Säge preisgibt

25 Jahre Tschernobyl

Heute - 25 Jahre danach leben ca. zwei Mio. Menschen allein in Weißrussland noch immer auf verstrahlten Böden. Die Strahlenbelastung steckt vor allem in den obersten Bodenschichten und gelangt von dort in die Nahrungskette. Dadurch haben Hunderttausende mit jeder Mahlzeit Tschernobyl auf dem Tisch. Junge, engagierte Menschen aus der Tschernobylzone, die dort als "Kinder von Tschernobyl" aufgewachsen sind, und Mitarbeiter_innen vom unabhängigen Institut für Strahlensicherheit in Minsk werden am 24./25. Februar die BI Südheide in Hermannsburg besuchen. Sie wissen um die Strahlenbelastung und deren Folgen. Gemeinsam mit internationalen Partnern führen sie Hilfsprojekte in der Tschernobylzone durch, messen die Strahlenbelastung der Bevölkerung und der Lebensmittel und informieren darüber. Die BI Südheide will auch 2011 den Menschen in den verstrahlten Gebieten von Korma zeigen, dass sie nicht vergessen sind und Kinder auf Grundlage von Strahlungsmessungen angemessen medizinische Versorgung gewährleisten. So konnten im Jahr 2010 130 Kinder in Korma vierteljährlich untersucht

und mit dem Pektin- und Vitaminpräparat versorgt werden. Das kann die BI nur über Spenden leisten, wobei verlässliche monatliche oder jährliche Beträge der beste Weg sind. Die Förderung eines Kindes kostet jährlich etwa 15 Euro. – BI Südheide Spendenkonto: 72 92 301, Volksbank Celler Land (BLZ 257 916 35) / Stichwort: Korma

61 Biogasanlagen im LK Celle

In unserer letzten Ausgabe findet sich eine leider falsche Angabe zur Anzahl der Biogasanlagen im Landkreis Celle. Die seit 2009 gebauten bzw. geplanten Anlagen fehlten. Hier also die vollständige und korrekte Übersicht mit Stand vom 1.11.2010: Insgesamt gibt es 61 Anlagen (davon 13 im Bau) mit einer Gesamtleistung von 22.258 kW. 7 Anlagen liegen im Bereich 700 – 890 kW; 26 Anlagen haben 500 kW, die Restlichen liegen darunter. Bei den Gemeinden liegt Hermannsburg mit 7 Anlagen vorn, gefolgt von Eldingen (6), Celle (5) und Bergen (4).



Liebe Leser_innen!

In unserer vierten Ausgabe gibt es Texte zu den Geschehnissen in Celle am Volkstrauertag, zum neuen Computerraum im Bunten Haus und zu dem bevorstehenden Zensus.

Viel Spaß beim Lesen!

Tach-Moin-Tschüss!

VOLKS- TRAU- ERTRAG

Wie in vielen Städten gab es 2010 auch in Celle zum Volkstrauertag am 14. November einen Angriff auf das Soldat_innendenkmal am Neuen Rathaus. Unbekannte dekorierten es mit rosa Farbe und hinterließen ein Schreiben, das im Internet nachgelesen werden kann (<http://celleheute.de/attacke-auf-zentrale-gedenkveranstaltung-am-volkstrauertag/>). In diesem bekennt sich eine „Aktionsgruppe Deutsche Opfermythen Schottern“ zu der Tat, die „ein grundsätzliches Problem mit der [...] Gedenkfeier und dem nationalen Rumgeheule am Volkstrauertag in ganz Deutschland“ habe und damit ein Zeichen „gegen die Inszenierung Deutschlands als geläuterte Nation und in Erinnerung an 6 Millionen tote Juden_Jüdinnen und alle anderen Opfer deutscher Zustände“ setzen wolle. Weiterhin wird von

Geschichtsreversionismus gesprochen, da „Deutschlands Verantwortung für zwei Weltkriege inklusive Faschismus, Vernichtungskrieg und Auschwitz und die muntere Eingliederung in das mörderische System kapitalistischer Nationalökonomien [...] nur noch eine Nebenrolle“ spiele.

Die Reaktionen aus der Celler Lokalpresse und Politik fielen erwartbar aus. „Ehrenmal in Celle geschändet“, so die Überschrift der Celleschen Zeitung vom 15. November, von Fassungslosigkeit und Erschütterung ist die Rede. CelleHeute geht nicht davon aus, dass sich „hinter der Randal geschichtskundige, geschweige denn gebildete Extremisten verbergen“.

Auch CDU-Landrat Klaus Wiswe geht davon aus, dass die Motivation für die Attacke „Randale zu machen und aufzufallen“ war. Zudem sei der Volkstrauertag „kein Anlass für politische

Auseinandersetzungen“. Für den Schulleiter der Realschule auf der Heese, Manfred Busch, der die offizielle Rede hielt, sind Soldat_innen genauso Kriegsoffer wie „Menschen, die in den Gefangenenlagern umgekommen oder in den KZs ermordet worden sind“ und Oberbürgermeister Mende (SPD) bedient gleich noch die Anhänger_innen der absurden Extremismustheorie – „Autonome ziehen sich heute schwarz an, da weiß man nie, ob sie rechts- oder linksradikal sind.“

Die Polizei Celle glaubt dagegen, dass die „links-extremistische Szene“ für die nächtliche Farbatacke verantwortlich ist.



COMPUTERRAUM

NEUE INFRASTRUKTUR IM BUNTEN HAUS
Seit den Weihnachtsfeiertagen ist ein neuer ‚alter‘ Raum wieder für die Nutzer_innen im Buntten Haus in seiner Funktion zugänglich. Eine Gruppe engagierter Menschen schuf in einer Woche intensiver Arbeit den Computerraum neu. Es wurden Wände gestrichen, Balken geschliffen, Sitzgelegenheiten gebaut. Das Herzstück des Computerraums sind aber natürlich die Computer. In einer futuristisch anmutenden Kuppel ragen zwei Arme mit jeweils Bild

schirm, Tastatur und Maus befestigt aus der Decke. Der ganze Raum ist also estetisch ein Gesamtkunstwerk. Nicht zu vergessen ist aber, dass dieser Raum ab sofort wieder allen Nutzer_innen zu Verfügung steht um im Internet zu surfen, Musik zu hören, eMails zu checken, YouTube zu gucken und alles zu machen, was noch so möglich ist mit Computern. Die beiden Systeme basieren auf Linux/Ubuntu und benutzen nur freie Software. Programme können auf Nachfrage nachinstalliert werden. Es ist geplant eine Webcam für die Kommunikation mit Skype nachzurüsten. Für weitere Fragen: technik@bunteshaus.de

DEKADANCE

WILKOMMEN IM ATOMICWASTELAND
Totenstille, deformierte Zombies kriechen durch die Straßen, grün leuchtender Schleim tropft aus verkohlten Fässern, dunkler, klebriger Rauch zieht dicht über die Stadt... Wie das alles am 26. Februar 2011 passieren konnte, kann nur vermutet werden. Sicher scheint nur, der kleine Teil der Menschheit, der die Katastrophe mehr oder weniger gesund überleben konnte, wird sich noch am selben Abend durch verlassene Gassen vorbei an düster lodernden Autowracks ins Bunte Haus schleichen, in der Hoffnung hier Schutz vor dem zu finden, was sich seit dem Super-Gau da draußen gegen alle menschliche Zivilisation zu verschwören scheint. Zu aller Überraschung wird dort aber nicht nur einfach Unterschlupf und Notverzehrung geboten - wir trotzen Endzeit & Apokalypse und feiern mit euch eine völlig verstrahlte Dekadance im NUCLEARWASTELAND ! Kümmert euch schon jetzt um Schutzanzüge, putzt nochmal euer drittes Auge und lest im Chemiebuch alles über misslungene Atomtests. Es gibt kein Entkommen! Entweder wir feiern die Party zum Untergang oder wir sammeln genug Energie, um zusammen unsere verseuchte Stadt wieder schön zu dekadancen ...



ZENSUS 2011

ODER: WENN JE-MAND DEINE WÄSCHE DURCHWÜHLT UND DA-BEI AUCH NOCH DEI-NE HILFE ERWARTET

Von der EU angeordnet sollen alle Mitgliedsstaaten Volkszählungen durchführen. Hierzu gibt es seitens der EU klare Richtlinien. Die Durchführung solcher Zählungen steht seit Jahren fest, doch erst nachdem die Frist zur Abgabe einer Verfassungsbeschwerde abgelaufen ist, fangen Ämter und Behörden langsam an Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Die BRD möchte sich bei diesem „EU-Projekt“ ein Fleißkärtchen verdienen und schießt weit über die Anforderungen hinaus. In diesem Sinne ist der Begriff „Volkszählung“ völlig irreführend, denn wir werden nicht nur einfach gezählt. Umfassende Fragebögen zu intimen Themen wie Religionszugehörigkeit, Weltanschauung und Migrationshintergrund stehen uns bevor. Wir kritisieren die bevorstehende Volkszählung äußerst scharf und sehen unsere Grundrechte und ebenfalls die Verfassung verletzt. Die letzten Volkszählungen auf dem Bundesgebiet fanden 1981 in der damaligen DDR und 1987 in der damaligen Bundesrepublik statt. Diese war eigentlich für 1983 angesetzt, durch einen starken Protest und eine Verfassungsbeschwerde, in der sich das Bundesverfassungsgericht mit der Frage auseinandersetzen

musste „Wer hat Anspruch auf Daten über mich?“, scheiterte dieses Vorhaben und wurde 1987 neu organisiert durchgeführt. Besonders aussagekräftig finden wir, dass das Bundesverfassungsgericht 1983 wesentliche Punkte der Volkszählung als verfassungswidrig beurteilte und infolge dessen das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ formulierte. Die am 16. Juli 2010 von Zensus 2011-Kritiker_innen in Karlsruhe eingelegte Verfassungsbeschwerde gegen das Zensusgesetz, die von 13.077 Menschen unterstützt worden ist, wurde wegen „nicht vorliegenden Annahmeveraussetzungen“ abgelehnt, ohne dass Kritikpunkte inhaltlich bewertet worden waren. Der Stichtag für uns ist der 9. Mai 2011, doch schon seit November 2010 werden bereits erfasste Daten von bspw. Meldeämtern, Bürgerbüros und der Agentur für Arbeit zusammengezogen. Mithilfe dieser Daten wird eine neue Anschrift-, Personen- und Gebäudedatenbank eingerichtet, wobei jede Person mit einer eindeutig zuzuordnenden Ordnungsnummer versehen wird. Aktuell findet also bereits eine Zweckentfremdung unserer einst in anderem Sinne abgegebenen Daten statt, ohne dass darüber ausreichend informiert wurde. Anschließend erhalten alle Wohnraumeigentümer_innen Fragenbögen, in denen sie Auskunft über die entsprechenden

Wohnungen, deren Ausstattung, sowie deren Bewohner_innen geben müssen. Des Weiteren werden 10% der Einwohner_innen Deutschlands zufällig ausgewählt (in den Städten mehr als in ländlichen Regionen) und erhalten einen äußerst umfangreichen Fragebogen, der ausgesprochen sensible Daten einfordert. Diese Bögen werden von so genannten „Erhebungsbeauftragten“ übergeben und können entweder mit diesen Beauftragten direkt oder per Post und telefonisch ausgefüllt werden. Entschließt sich eine zu-befragende Person schlichtweg „nicht-da“ zu sein, dürfen auch Nachbarn, Vermieter_innen, Mitbewohner_innen und sogar Kinder befragt werden. Außerdem dürfen die Erhebungsbeauftragten so genannten „zusätzliche Begehungen“ durchführen. D.h. sie dürfen soweit in den privaten Wohnbereich eindringen und diesen auskundschaften, wie es z.B. auch einem Postboten möglich wäre. Werden Fragebögen falsch oder gar nicht ausgefüllt werden Nachbefragungen durchgeführt. Dieser Vorgang dauert nötigenfalls bis



2013, um auch mehrfach nicht übereinstimmende Daten hinterfragen zu können. Die wiederholte Überprüfung macht ein „Herausschummeln“ durch Falschangaben schwierig. Die dritte Gruppe die befragt werden soll sind alle Einwohner_innen von so genannten Sonderbereichen. Das betrifft alle Langzeitbewohner_innen und -insass_innen von Gefängnissen, Studentenwohn- und Altersheimen, Psychiatrien, Kliniken usw., ebenfalls in diese Gruppe fallen alle Obdachlosen. Ist eine Person nicht auskunftsfähig wird der Fragebogen stellvertretend von der Heimleitung ausgefüllt. Im Folgenden sind einige unserer schwersten Kritikpunkte gegenüber dem Zensus 2011 stichpunktartig zusammengefasst:

- 10% aller Einwohner_innen Deutschlands werden zu Zwangsbefragungen aufgesucht und müssen im Einzelfall „Erkundigungen“ im familiären und nachbarschaftlichen Umfeld dulden
- Sensible persönliche Daten werden aus zahlreichen Quellen ohne Ihre Einwilligung zusammengeführt und zweckentfremdet
- Die Zuordnung der zusammengetragenen Daten, also auch der Antworten aus den Fragebögen ist über eine jeder Person und jeder Wohnadresse zugeordnete Nummer möglich. Eine eindeutige, gemeinsame Ordnungsnummer hatte das Bundesverfassungsgericht 1983 ausdrücklich verboten
- Die zentrale Verfügbarkeit der Personenprofile weckt Begehrlichkeiten. Die Datenschutz-Skandale der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass

- das Missbrauchspotenzial einmal angelegter Datensammlungen enorm ist
- Die Abfrage der Daten laut deutschem Zensus-Gesetz geht über den von der EU geforderten Umfang hinaus, z. B. das Merkmal der Religionszugehörigkeit und die (freiwillige) Frage zur Weltanschauung und zum Glaubensbekenntnis, die insbesondere muslimische Glaubensrichtungen besonders differenziert
- Missachtung von Datenschutz und Recht auf informationelle Selbstbestimmung
- Es ist nicht nachvollziehbar wer auf die neue Datenbank in welchem Umfang zugreifen darf • Erzeugung von Bedrohungsszenarien durch die festgeschriebene Auskunftspflicht (§18 ZensG) mit Androhung hoher Bußgelder
- Fragliche Praktiken der Erhebungsbeauftragten (=Volkszähler_innen), die beim Nichtantreffen der zu Befragenden auch die Erlaubnis haben, Familienangehörige, Minderjährige und Nachbar_innen zu befragen, sowie Sonderbegehungen durchzuführen

Was können wir tun? Machen wir uns ein eigenes Bild von der Volksbefragung und informieren Bekannte und Freund_innen über das anstehende Ereignis! Wir müssen einen breiten Widerstand vor Ort organisieren und kreativen Protest ausüben. Ziviler Ungehorsam war schon bei der Volkszählung 1987 wirksam! Die Beantwortung der Fragen und die Weiterleitung des Fragebogens zu einer alternativen Sammelstelle ist eine weite-

Weitere Informationen und eine angeregte Diskussion über den Zensus 2011 und mögliche Formen des Protests gibt es bei der **Infoveranstaltung am Montag, den 21.02.2011 um 19.00 Uhr im Bunten Haus**, Hannoverische Str. 30f, 29221 Celle.

„Für mich ist nicht einsichtig, wieso eine so teure und aufwendige Aktion überhaupt durchgeführt wird. Statistiken sind heute allgegenwärtig und in der Regel ausreichend. Politische Fehlplanungen basieren nicht auf fehlenden Daten, sondern auf der falschen Bewertung vorhandener Daten. Fehlplanungen lassen sich am besten durch weniger Einfluss von Lobbyisten und transparente Verfahren mit einer starken Bürgerbeteiligung vermeiden.“

(Thilo Weichert (Datenschutzbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein))

Kürzungen bei Haushaltsgeräten

Hartz IV – für die Betroffenen ist dies eine demütigende Gratwanderung. Permanenter Mangel, Verschuldung und ein Leben am Rand der Wohlstandsgesellschaft. Besonders prekär wird die Angelegenheit, wenn ein neuer „Hausstand“ gegründet werden muss oder wenn Schwangerschaft und Geburt zusätzliche Ausgaben nötig machen, die nicht von der Regelleistung gedeckt sind. Der Gesetzgeber hat dafür die so genannte „Erstausrüstung“ geschaffen. Der Landkreis Celle hat seinen Leistungskatalog verändert. Herausgekommen ist eine „Anpassung“, die den Namen nicht verdient.

Die Erstausrüstung wird im Sozialgesetzbuch II unter „§ 23 Abweichende Erbringung von Leistungen“ so bestimmt: „Leistungen für 1. Erstausrüstungen für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten, 2. Erstausrüstungen für Bekleidung und Erstausrüstungen bei Schwangerschaft und Geburt [...] sind nicht von der Regelleistung umfasst. Sie werden gesondert erbracht.“



Es geht dabei also zum einen um „die erstmalige Anschaffung von benötigten Gegenständen, die noch nie besessen worden waren“. Diese Situation kann z.B. eintreten bei der Neugründung eines Haushaltes nach Verlassen des Elternhauses, nach Wohnungsbrand, Erstanmietung nach Haft, Ausstattungsbedarf nach Trennung und eine Reihe anderer außergewöhnlicher Umstände. Aber auch, wenn bei einem Umzug erstmals ein Gasherd benötigt wird, weil in der alten Wohnung eine Einbauküche war, tritt dieser Bedarfsfall ein, und für den Herd kann eine Erstattung beantragt werden.

Mit Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 hatte der Landkreis hierzu einen Leistungskatalog erlassen. Dieser bewegte sich im Vergleich zu anderen Leistungsträgern eher im unteren Drittel. Deshalb hatte Andreas Hauptmeyer für Die Linke/BSG im April 2010 beantragt, das für die Betroffenen viel günstigere so genannte „Berliner Modell“ einzuführen. Die Landkreisverwaltung nahm dies zum Anlass, die fünf Jahre alten Ansätze zu überprüfen.

Das Ergebnis ist „ernüchternd“: Statt mehr gibt es unter dem Strich weniger.

Vergleicht man die Liste der Einrichtungsgegenstände der alten Liste mit den neuen Ansätze gibt es bei einzelnen Möbeln erhöhte Ansätze (z.B. Couch 50 EUR statt vordem 35 EUR), aber auch Senkungen (z.B. für ein Einzelbett nur noch 100 statt 116 EUR). Im Vergleich der Ansätze der Gegenstände, die schon in der alten Liste enthalten waren und in der neuen wieder auftauchen, ergibt sich gegenüber 2005 insgesamt eine Erhöhung um einen Euro. Neu in der Liste ist ein Spülenunterschrank mit Spüle und Armatur (80 EUR), an einen anderen Ort verschoben sind die Gardinen (bis auf die Küchengardine). Ohne die Gardinen lag der Gesamtbeitrag für einen Ein-Personenhaushalt bisher bei 734 Euro, jetzt sind es 735 Euro. In Berlin – nur zum Vergleich – werden bis zu 870 Euro erstattet.

In der Sozialausschusssitzung des Kreistages vom 16.11.2010 behauptete die Verwaltung, dass bei einer kompletten Wohnungserstausrüstung ein Hilfeempfänger_innen zukünftig ohne Berücksichtigung von elektrischen Großgeräten (Waschmaschine, Kühlschrank etc.) bis zu 2.547 Euro erhalten könne (so auch im Protokoll notiert). Es hat kaum den Anschein, als ob die Politiker_innen hier korrekt informiert wurden. Diese Angaben lassen sich in der auf der Website des Landkreises einzusehenden Regelung nicht nachvollziehen. Und so ruderte die Verwaltung gegenüber der Celleschen Zeitung auch zurück: und räumte eine „missverständliche Darstellung“ ein. (CZ, 25.11.2010)

Nur noch Elektroschrott?

Weitaus gravierender ist allerdings die erhebliche Verschlechterung bei der Beschaffung von Elektrogeräten. Folgender Vergleich macht deutlich, wie sehr sich die Ansätze bei den Elektrogeräten verschlechtert haben:

	bisher	jetzt	Berlin
E-Herd Stand	195,--	70,--	250,--
E-Herd Einbau	285,--	70,--	250,--
Gasherd	255,--	70,--	350,--
Kühlschrank Einbau	259,--	50,--	200,--
Kühlschrank Stand	154,--	50,--	200,--
Waschmaschine	256,--	70,--	250,--

Für die neuen Ansätze bekommen die Betroffenen tatsächlich nur gebrauchte Geräte, die erstens Stromfresser sind, und die zweitens keine lange Lebenserwartung mehr haben dürften. Das ist unter ökologischen Ge-

sichtspunkten höchst fragwürdig, aber auch individuell betrachtet, denn: Der Strom muss aus der Regelleistung bezahlt werden, also z.B. bei Essen oder Bildung abgezackt werden. Wer längerfristig im Leistungsbezug steht, ist angehalten, aus der Regelleistung die Beträge für eine Neuanschaffung anzusparsen. Wie soll das bei der kurzen Haltbarkeitsdauer von Gebrauchtgeräten funktionieren? Im Übrigen: Sind Geräte zu diesen Preisen tatsächlich jederzeit verfügbar?

Kürzungen auch bei Schwangeren

Auch bei Schwangerschaft und Geburt greift die so genannte Erstausrüstung. Die neue Regelung beim Landkreis lautet:

„Schwangeren wird eine Pauschale für eine Erstausrüstung für Schwangerschaftsbekleidung inkl. Klinik- und Stillbedarf i.H.v. 230,- Euro gewährt. Dieser Betrag ist auf Antrag ab der 13. Schwangerschaftswoche auszuführen. Bei Bewilligung ist die Antragstellerin aufzufordern, die Bekleidung nicht zu entsorgen. Sind seit der letzten Geburt weniger als 3 Jahre vergangen, werden nur 30 % der o.g. Pauschale für eine ergänzende Erstausrüstung für Schwangerschaft inkl. Klinik- und Stillbedarf, also 69,- Euro bewilligt. Es ist lebensnah, dass gerade in einkommensschwachen Haushalten bei einer geplanten weiteren Schwangerschaft vorhandene Artikel aufbewahrt werden.“

Ab dem 7. Schwangerschaftsmonat wird auf Antrag eine Babyerstausrüstungspauschale i.H.v. 200,- Euro gewährt. Diese beinhaltet eine Pauschale für die Erstausrüstung an Bekleidung i.H.v. 60,- Euro und für die Erstausrüstung an Ernährung und Pflegebedarf i.H.v. 140,- Euro. Bei Bewilligung ist die Antragstellerin aufzufordern, die Artikel nicht zu entsorgen. Sind seit der letzten Geburt weniger als 3 Jahre vergangen, werden nur 30 % der o.g. Pauschale für eine ergänzende Erstausrüstung bei Geburt, also 60,- Euro bewilligt. Es ist lebensnah, dass gerade in einkommensschwachen Haushalten bei einer geplanten weiteren Schwangerschaft vorhandene Artikel aufbewahrt werden.“

Bisher wurde eine Gesamtpauschale von 460 Euro, aufgeteilt auf zweimal 230 Euro gezahlt. Hier hat der Landkreis also um 30 Euro gekürzt. Zusätzlich eingeführt ist die Kürzung der Pauschale bei einer weiteren Schwangerschaft in den darauffolgenden drei Jahren.

Auch hier wurde übrigens in der Sozialausschusssitzung vom 18.11. behauptet, die Erstausrüstungsbeträge bei Schwangerschaft und Geburt hätten sich erhöht; aus der konkreten Regelung ist dies nicht nachvollziehbar.

Die Kommunalpolitiker_innen lassen sich in sozialpolitischen Fragen scheinbar ein weiteres Mal von der Verwaltungsspitze an der Nase herumführen. Es geht bei der Hartz-IV-Gesetzgebung im Landkreis Celle um die Bedürfnisse von einem Sechstel der Bevölkerung – scheinbar ein Sechstel, das die Kommunalpolitik (mit Ausnahme von Die Linke/BSG) nicht interessiert. Oder: Das absichtsvoll unterhalb der Armutsgrenze gehalten werden soll. Wie glaubwürdig ist die Politik von SPD und Bündnisgrüne, die sich bezüglich der Regelleistung

in Bundestag und Bundesrat an von der Leyens „5-Euro-Plus“ stoßen, aber auf der lokalen Ebene Kürzungen und dramatische Ungleichgewichte zu anderen Städten zulassen?

Ach so: Selbst Fernsehgeräte und Staubsauger sind in Berlin offenbar teurer als in Celle. Dort dürfen für ein TV-Gerät 100 Euro ausgegeben werden, in Celle 30.



Übersicht für einen Ein-Personen-Haushalt

	bisher	ab 01.12.
Grundausrüstung	190,00	200,00
Wohnzimmer:		
Couchtisch	22,00	15,00
Couch	65,00	50,00
Anbauwand	70,00	100,00
Lampe	10,00	10,00
Schlafzimmer:		
Einzelbett	116,00	100,00
Kopfkissen	8,00	5,00
Einziehdecke	16,00	10,00
2x Bettwäsche	32,00	25,00
Kleiderschrank	41,00	50,00
Lampe	10,00	10,00
Flur:		
Lampe	10,00	10,00
Bad:		
Schrank	11,00	10,00
Spiegel	7,00	5,00
Lampe	10,00	10,00
Küche:		
Hängeschrank	20,00	25,00
Unterschrank	30,00	50,00
Küchentisch	20,00	20,00
Küchenstuhl	10,00	10,00
Besucherstuhl	10,00	10,00
Lampe	10,00	10,00

Plünderung öffentlicher Kassen

„Plünderung öffentlicher Kassen“, nennt Werner Rügemer die Privatisierungsoffensive über so genannte „Public Privat Partnerships“ (PPP). Und wenn zunächst etliche der rund 40 Besucher_innen einer Veranstaltung von attac und Weltladen dies für hoch gegriffen gehalten haben mögen – am Ende blieben keine Zweifel. Der Kölner Ökonom und Publizist war Mitte November nach Celle eingeladen worden, vielleicht gerade noch rechtzeitig zur Einleitung eines Meinungswandels. Denn noch ist Zeit für den Stadtrat, die Notbremse zu ziehen und aus dem geplanten PPP zum Bau der neuen Feuerwehrrache auszusteigen. Doch die Reaktionen nach dem Bericht der CZ über Rügemers Thesen lassen neben Verunsicherung vor allem ein gerüttelt Maß an Hilflosigkeit und Sturheit erkennen. So intensiv sich einige Ratsmitglieder über Standortalternativen gestritten haben, so gering ist auf der anderen Seite die Offenheit für eine Auseinandersetzung über PPP.

Ausführlich ging Werner Rügemer zu Beginn seines Referats auf den Hintergrund dieser vergleichsweise neuen Form der Geldmacherei ein: Entstanden ist die Idee im Großbritannien der Post-Thatcher-Ära nach der ersten großflächigen Privatisierungswelle. Tony Blair und Gordon Brown waren für New Labour mit einem Gegenprogramm angetreten, propagierten aber angesichts desolater Kassenlage „Bündnisse“ mit dem Finanzkapital. Dort wurde daraufhin die PPP-Idee entwickelt. Diese besteht im Kern darin, öffentliche Investitionsvorhaben (z.B. den Bau einer Schule oder eines Tunnels) durch privatkapitalistische Fonds finanzieren zu lassen. Staat und Gemeinden müssen sich nicht verschulden, sondern zahlen anschließend eine Miete oder treten Teile der Nutzungsgebühren an den Investor ab. Mit der Regierungsübernahme durch Blairs Busen-

freund Gerhard Schröder ebnete dann die rot-grüne Bundesregierung der PPP-Welle den Weg in die Bundesrepublik. Und dies, wie Rügemers Zahlen deutlich machten, überaus erfolgreich: Die Bundesregierung nennt aktuell insgesamt: 207 Projekte, davon mit Vertragsabschluss: 158 sowie 36 Projekte in der Ausschreibung.



Das Vorgehen des PPP-Netzwerks aus Hoch- und Tiefbau-Konzernen, „Berater“-Firmen und Banken kann dabei in ihrer Dreistigkeit überraschen. Am Beginn eines jeden Projekts steht die Notwendigkeit einer Investition, von der die öffentliche Hand meint, sie nicht aus eigener Kraft bewältigen zu können. Bei der Celler Feuerwehrrache ging man zunächst von rund 7 Millionen, dann von 10-12 Millionen aus – um heute beim Stand von 16 Millionen Euro Baukosten gelandet zu sein. Angesichts der mit der Krise weggebrochenen Gewerbesteuererinnahmen in der Tat ein Brocken von Gewicht.

In diesen „Notlagen“ zeigt die inzwischen jahre-lange PPP-Lobbyarbeit Wirkung. Wie in Celle lassen Stadträte zunächst einmal „prüfen“, ob ein solches Modell für sie geeignet wäre. Nur: Diese Prüfung können sie nicht mehr von ihrer eigenen Verwaltung durchführen lassen; die Personalausdünnung der letzten Jahrzehnte macht dies vielfach unmöglich. Also muss eine „Berater“-Firma ran, um den erforderlichen Vergleich zwischen einem Bau in Eigenregie und einer PPP-Variante anzustellen. Damit wurde für Celle die Firma „Assmann Beraten & Planen“ beauftragt, sie gehört dem „Bundesverband Public Private Partnership (BPPP)“ an – einer reinen Lobbyorganisation, wie Rügemer herausstellte. Die von dieser Firma für die Feuerwehrrache im Oktober 2009 vorgelegte Wirtschaftlichkeitsanalyse wies einen Effizienzvorteil von 8,61 % aus. Aber was wurde da verglichen? Rügemer machte klar, dass selbstverständlich nicht die Ergebnisse von Ausschreibungen zugrunde liegen, sondern Schätzungen aufgrund von durch „Assmann Beraten & Planen“ angenommenen Daten. Wer darin eine belastbare Vergleichsbasis für eine Entscheidung sieht, kann einem nur Leid tun. Trotzdem erteilte der Stadtrat – gegen die Stimmen von Bündnisgrünen und Die Linke/BSG im Dezember 2009 der Verwaltung den Auftrag, ein entsprechendes Verfahren einzuleiten.

Was jetzt folgen könnte, schilderte Werner Rügemer an Beispielen anderer Projekte: Auf Basis der Ausschrei-



bung werden sich Hochbaukonzerne bewerben, deren Angebote von einer weiteren Beraterfirma „ausgewertet“ werden. Der siegreiche Anbieter dürfte dann eine Projektgesellschaft gründen, die Vertragspartner der Stadt wird. An dieser Stelle beginnt spätestens die Phase der Geheimhaltung. Mit der Erstellung des Vertrages wird eine Anwaltskanzlei beauftragt, die mit Sicherheit auch auf der Liste des Lobbyverbandes BPPP zu finden ist. Das Licht der Öffentlichkeit wird dieser Vertrag nie erblicken, denn darauf besteht die Kanzlei und darauf besteht die Projektgesellschaft; schließlich wären die Vertragsformulierungen und Inhalte als Betriebsgeheimnisse vor den Augen der Konkurrenz zu schützen – so ihr Argument. Und das sich daraus ergebende Misstrauen ist erheblich: Rügemer geht davon aus, dass die Mitglieder des Celler Stadtrates diesen Vertrag nicht zu Gesicht bekommen. Sie müssen am Ende der im Vergleich zum umfangreichen Vertragstext knappen Beschlussvorlage der Verwaltung Glauben schenken. – Und der PPP-Experte wies auf eine weitere sich daraus ergebende Crux hin: Da dieser Vertrag geheim bleiben soll, wird für sich aus dem Vertragsinhalt ergebende Streitigkeiten wahrscheinlich bestimmt werden, dass diese durch ein Schiedsgericht zu regulieren sind. Dieses würde durch je einen Vertreter der Vertragsparteien sowie einen „neutralen Schiedsrichter“ besetzt werden. Warum? Vor einem regulären Gericht müssten die Vertragsinhalte offengelegt werden, um die gestritten wird. Beispielhaft nannte Rügemer das Projekt „Toll Collect“ – dort waren dem Staat Milliarden Maut-Einnahmen entgangen, weil sich die Einführung um Monate verzögert hatte. Das für einen derartigen Streit vorgesehen und eingerichtete Schiedsgericht ist bis heute nicht zu einer Entscheidung gekommen. Und dass der Teufel im Detail liegen kann, wurde an einem anderen Beispiel deutlich: Bei einem PPP-Schulbetriebsvertrag war die Beseitigung durch Vandalismusschäden durch die Betreiberfirma vertraglich ausgeschlossen worden. So streiten sich dann jetzt die Vertragsparteien darum, ob Abnutzungsspuren auf den Wänden der Schulflure Vandalismusschäden sind oder dem normalen Schulalltag, also der vorgesehenen Nutzung geschuldet sind.

Selbstverständlich müsste sich jede_r normale Denker fragen, wieso ein PPP-Projekt unterm Strich für die öffentliche Seite finanzielle Vorteile bringen soll? Kaum jemand bekommt für Investitionen „billigeres Geld“ als Bund, Länder und Kommunen. Und auf der anderen Seite sitzen keine Wohltäter, sondern Investor_innen, die eine Renditeerwartung eingelöst wissen wollen. Eigentlich kann es nicht billiger werden, und wenn, nur auf Kosten der Beschäftigten und der Qualität. Profitieren können nur diejenigen, die sich mit Einlagen an dem Investitions-Fond beteiligen, der schließlich zur Finanzierung des Projekts aufgelegt wird: Ihre Rendite dürfte deutlich über Sparbuchzinsen liegen.

Für Werner Rügemer basieren deshalb die Vorteile, die sich Bund, Länder und Kommunen erhoffen, auf einer „Milchmädchenrechnung“: PPP wird gemeinhin

mit den "leeren öffentlichen Kassen" begründet. doch die öffentliche Hand ist nach Unterzeichnung eines PPP-Vertrags ja immer noch überschuldet. Sie muss Kredite aufnehmen, um die Mieten aufzubringen. (Im Celler Beispiel beträgt die Miete rund 1,5 Millionen im Jahr und das für die nächsten 25 Jahre.) In den Mieten sind aber ja auch schon die Zinsen enthalten, die der Investor für seine Kredite zahlen muss. So zahlt die öffentliche Hand unter dem Strich zweimal Zinsen.

Was im übrigen in Eigenregie nicht einmal anfallen würde, sind die teilweise exorbitanten Transaktionskosten des Investors (Beraterhonorare, Bankprovisionen usw.), die mit einem Umfang von bis zu 15 und 20 Prozent der Gesamtinvestitionskosten am Ende auch vom „Mieter“ getragen werden. Hierzu eine Zahl aus Celler: Für ihren „Wirtschaftlichkeitsvergleich“ kassierte „Assmann Beraten & Planen“ schon einmal 40.000 Euro. Die Beratungsunterstützung während der PPP-Ausschreibungsphase durch die Firma „VBD Beratungsgesellschaft für Behörden“, ebenfalls Mitglied im Lobbyverband, kostet die Stadt rund 192.000 Euro.

Die Angebotsabgabefrist endete am 30.11.2010. Bis zur Erteilung eines Zuschlags durch den Stadtrat, der Anfang Juni erfolgen soll, bleiben noch knapp fünf Monate Zeit. Eigentlich genug Zeit, um die Zweifel im öffentlichen Raum zu nähren. Denn nach dem Ende für Gedo kann auch niemand mehr so tun, als ob die neue Feuerwache nun schon übermorgen stehen müsste.

Der Vortrag von Werner Rügemer findet sich in groben Zügen unter: <http://sandimgetriebe.attac.at/8722.html>; ausführlicher selbstverständlich in seinem Buch: »Heuschrecken« im öffentlichen Raum: Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments, transcript, Bielefeld 2008, ISBN 978-3-89942-851-3“. - attac hat eine Kampagnenseite: <http://www.ppp-irrweg.de/>

Und noch der Hinweis, dass wir bereits in der Ausgabe Nr. 47 vor einem Jahr die Hintergründe beleuchtet haben, siehe unser Heftearchiv unter www.revista-online.info

In der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist, dass der Kreistag bereits im Jahr 2005 Planung, Finanzierung und den schlüsselfertigen Neubau des Gymnasiums in Lachendorf im Rahmen von PPP an die HOCHTIEF Construction AG vergeben hatte; einstimmig übrigens.

Im September 2009 beschloss der Kreisausschuss, dass Abriss, Planung, Neubau und Finanzierung der Sporthalle an der Schulanlage Altenhagen (Berufsbildende Schulen I und IV) als PPP-Projekt durchgeführt werden soll. Die Berliner VBD Beratungsgesellschaft für Behörden mbH hatte bei Gesamtkosten von rund 4 Millionen Euro einen Vorteil von knapp 400.000 Euro gegenüber einer Variante im Eigenbau „errechnet“. Die Ausschreibung läuft. Dagegen ausgesprochen hat sich – unserer Kenntnis nach – nur Die Linke/BSG.

Große Wut und kleine Schritte

Die Gewerkschaften verlieren seit Jahren in vielen Ländern an Einfluss und Mitgliedern. In den USA wurde dieser Krise mit Techniken der Organisierung begegnet, die zuvor in den Kämpfen der radikalen Linken und der sozialen Bewegungen erprobt worden waren. Als internationales Vorbild gelten dabei häufig die Protestaktionen der Gebäudereiniger_innen in Los Angeles zu Beginn der 1990er Jahre. Ihre »Justice for Janitors«-Aktionen wurden durch den Film »Bread and Roses« von Ken Loach weithin bekannt und stilbildend.

Seitdem hat der Traum von einer Erneuerung der Weltgewerkschaftsbewegung wieder Auftrieb erfahren, und *Organizing* wurde in Gewerkschaften und sozialen Bewegungen zum neuen Zauberwort. Aber was ist *Organizing* überhaupt? Und sind die Methoden, die ein Teil der US-Gewerkschaftsbewegung entwickelt hat, überhaupt übertragbar? Welche Widersprüche bestehen zwischen dem »Eigensinn« der Kämpfe und der institutionellen Logik der Gewerkschaften? Und wie kann die Wut über sich verschlechternde Arbeits- und Lebensbedingungen in alltägliches, kollektives Handeln verwandelt werden?

Antworten auf diese Fragen versuchte Dr. Peter Birke Ende November in einer Veranstaltung des Celler Rosa Luxemburg Clubs zu geben. Der Hamburger Historiker und Sozialforscher hat sich in den vergangenen Jahren intensiv mit dem Thema »Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt« beschäftigt und seine Erfahrungen und Thesen in dem Buch »Die große Wut und die kleinen Schritte« präsentiert.

Entstanden ist *Organizing* als systematischer Ansatz von aktivierender Gewerkschaftsarbeit in den USA der 1990er Jahre. Die Angriffe der Reagan-Regierung auf die aktionistischen Teile der Gewerkschaftsbewegung wie auch auf ihre institutionellen Rahmenbedingungen hatten zu massiven Mitgliederverlusten geführt, denen mit neuen Formen betrieblich-öffentlicher Kampagnen begegnet werden sollte. Dabei wurde in manchem an die Erfahrungen der dezentralen Community-Bewegung, also linker Stadtteilarbeit, angeknüpft. Zum ändern ist die US-Gewerkschaftsbewegung im Unterschied zur Bundesrepublik gezwungenermaßen betriebsorientiert. Es gibt kaum flächendeckende Tarifverträge, sondern ein Betrieb wird überhaupt erst tariffähig, wenn eine Mehrheit der Beschäftigten eine Betriebsgewerkschaft gründet, die sich dann mit einer bestehenden Gewerkschaft assoziiert. Die US-Dienstleistungsgewerkschaft SEIU (Service Employees International Union) setzte vor diesem Hintergrund mit Erfolg auf »umfassende Kampagnen« und konnte so in den vergangenen 15 Jahren ihre Mitgliederzahl verdoppeln. Dafür floss dann aber tatsächlich auch ein Großteil der Res-

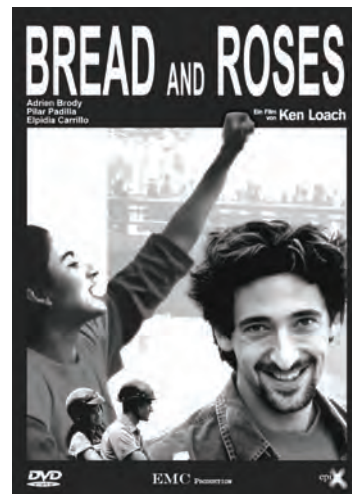
ourcen ins *Organizing*. In der Washingtoner Zentrale der SEIU waren zuletzt über die Hälfte der Festangestellten *Organizer_innen*.

Dieser schon fast sagenhafte Erfolg täuscht über manches hinweg, denn selbstverständlich reicht es nicht Mitglieder zu gewinnen. Unterm Strich zählen auch die materiellen Erfolge, und da ist nicht alles Gold, was glänzt. So gab und gibt es

»von oben« Tendenzen, Organisationsinteressen über die Mitgliederinteressen zu stellen, was im Einzelfall selbst zu Lohnkürzungen oder Auslagerungen geführt hat. Letztlich bleibt als Knackpunkt die Frage: Soll die Dynamik von unten ausgehen oder von oben?

In Deutschland haben sich die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften von rund 12 Millionen vor 20 Jahren auf heute rund sechs Millionen halbiert. Für ver.di und zuletzt auch für die IG Metall Anlass genug, sich vorsichtig auf das Feld des Organizing zu bewegen. Insbesondere, nachdem eine der wenigen nachhaltigen Erfolge von Gewerkschaftsarbeit, die so genannte Schlecker-Kampagne, etliche Elemente des *Organizing* beinhaltet. Unter Einbindung der organisierten Schlecker-Beschäftigten und in Bündnissen mit zivilgesellschaftlichen Gruppen gelang es Mitte der 1990er Jahre, die Unternehmerfamilie Schlecker an der Pranger zu stellen – wegen Lohnbetrug, Behinderung von Betriebsratswahlen, Einschüchterung und Bspitzelung. Die Kampagne war materiell erfolgreich und führte dazu, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei dem Discounter deutlich höher ist als bei seinen Konkurrenten – und nebenbei: das Ehepaar Schlecker wurde wegen Betrugs belangt und musste Geldstrafen in Gesamthöhe von zwei Millionen Mark zahlen.

Ohne um das Modell aus den USA zu wissen, beinhaltet die Schlecker-Kampagne viele Elemente des *Or-*



ganizing. Für Peter Birke nicht überraschend, denn selbstverständlich ist konfliktorientierte Gewerkschaftsarbeit nichts gänzlich Neues. Neu ist aber vielleicht, bekannte Techniken zu einem »systematischen Ansatz« zu verbinden: also strategische Kampagnenplanung, Erstellung eines Aktionsplanes, systematische Recherche, Mapping, Einsatz von Organizer_innen, Bildung von Komitees, Ausweitung des Aktionsfeldes, Koalitionsbildung etc...

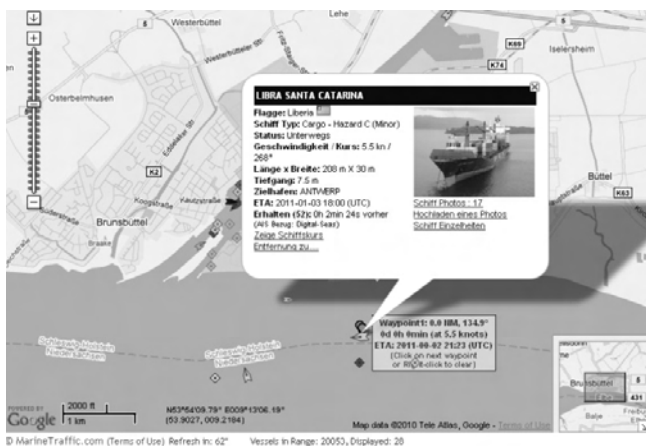
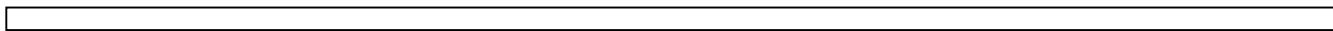
Der Hamburger Autor stellte einige Projekte vor, u.a. in der MHH Hannover, bei dem Otto-Ableger Hermes Warehouse Solutions (HWS) in Hallesleben und die im Hamburger Wach- und Sicherheitsgewerbe mit Unterstützung der SEIU durchgeführte Kampagne. Die zum Teil hochgestochenen Ziele, sowohl was Mitgliederwerbung wie Konfliktfähigkeit betrifft, konnten in der Regel nicht erreicht werden. Gegenüber einer Betrachtung, die Organizing vor allem als sozialtechnische Aktivierung weiterentwickeln will, ist Peter Birke deshalb auch skeptisch. Aber er sieht durchaus noch Potenziale, z.B. indem stärker versucht werden müsste, mögliche Bündnisse zwischen Beschäftigten und Konsument_innen/Nutzer_innen, Pflegepersonal und Patient_innen zu schmieden. Spannend sind für ihn die antiautoritären und rebellischen Momente, die immer auch eine Kritik an (Gewerkschafts-)Bürokratie und Hierarchie enthalten. Selbstverständlich seien es die Arbeitenden, die selbst am besten wüssten, wo sie der Schuh drückt. Und der erste und wichtige Schritt im Organizing sei, Räume

zu öffnen, in denen sie ihre Probleme und Proteste artikulieren könnten.

Die Veranstaltung fand im Bildungszentrum Heimvolkshochschule Hustedt statt und wurde von gut zwei Dutzend der gerade dort anwesenden Seminarteilnehmer_innen besucht. Bei vielen war die Skepsis groß, insbesondere hinsichtlich der Freiräume, die der Gewerkschaftsapparat bieten würde. Andere hatten für sie durchaus positive Erfahrungen mit aktivierenden Ansätzen von Gewerkschaftspolitik und dies zum Teil eben auch in lange zurückliegenden Zeiten der frühen 1970er Jahre. Und einig waren sich eigentlich alle darin, dass nur eine konfliktorientierte Politik den Gewerkschaften neue Mitglieder und eine andere (Außen-)Wahrnehmung bescheren kann.

Noch zwei Sätze zum Buch von Peter Birke: Er verzichtet dort fast gänzlich auf »Soziologendeutsch«, sondern schreibt eng an den Begegnungen und Erfahrungen mit Menschen aus den einzelnen Projekten bzw. Vertreter_innen der US-Gewerkschaftsbewegung. Und so ist es eine spannende und reflektierte Reise in die (schöne?) neue Welt des *Organizing*.

Birke, Peter: Die große Wut und die kleinen Schritte. Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt, Assoziation A, ISBN 978-3-935936-86-6, 192 Seiten, 12,80 €.



Blick nach Links (3)

Schon mal an der Weser in Bremerhaven oder an der Elbe bei Cuxhaven gestanden, die Schiffe angeguckt und ein wenig ins Phantasieren geraten, wo die wohl hinfahren oder herkommen, unter welcher Flagge sie fahren und was sie wohl geladen haben könnten?

Wer auch von zu Hause aus einen Blick auf den Schiffsverkehr, und zwar weltweit, werfen und zudem noch mit allen möglichen Informationen über das jeweilige Schiff beliefert werden möchte, folge diesem Link: <http://www.kamp-hotels.de/deutsch/webcam/vessel.htm>. Zufällig stieß ich auf diese Seite, auf der Suche nach webcams, die am Wasser stehen. Dass es über die Kamp-Hotels läuft, ist insofern ein Vorteil, weil man normalerweise für eine solche Seite mit dieser

Dienstleistung richtig blechen muss; die bieten das wohl als Service für ihre Kunden für lau.

Also, wenn sich dann diese Seite auftut (etwas Geduld!), sind zunächst in einer google-map des Seegebiets Außenwester/Außenelbe/Nord-Ostsee-Kanal (der übrigens früher Kaiser-Wilhelm-Kanal hieß) sämtliche Schiffe markiert, die sich gerade in dieser Gegend aufhalten, d.h. vor Anker liegen, festgemacht sind, z.B. an der Stromkaje in Bremerhaven, und eben auch dieses Gebiet durchfahren. Geht man nun mit dem Mauszeiger auf eins der Schiffssymbole, erscheint der Name des Schiffs, seine Geschwindigkeit (in Knoten) und der Kurs, den es fährt (in Grad°). Mit einem Klick öffnet sich ein kleines Fenster, alle technischen Daten des Schiffs werden angezeigt, der Zielhafen und Bilder des Schiffs. Außerdem kann die gesamte Route des Schiffes angezeigt werden, also wo es herkam und zu welcher Zeit es gerade wo war. Was es so faszinierend macht, ist, dass die Daten so ca. alle 5 min aktualisiert werden. So konnte ich gestern fast live mit dem Seenotrettungskreuzer „Herrmann Marwede“, der wohl, zumindest gestern, im Hafen von Helgoland festgemacht hatte, auslaufen zu einer Einsatzfahrt. Was da los war, war nicht zu ermitteln, jedenfalls war er nach einer Stunde rund um Helgoland wieder im Hafen. Vielleicht hatten sie was vergessen, Rum oder das Schifferklavier, oder ein Besatzungsmitglied war seekrank. Womit ich wieder beim Phantasieren wäre.

Natürlich kann in der Karte beliebig navigiert und auch zoomt werden: z.B. mal kucken, welche Fähre gerade in Ystad/Schweden liegt, Ystad, die Stadt, in dem Kommissar Kurt Wallander gestern Abend ermittelte. ... Da gibt's übrigens eine Live-Webcam - aber davon ein andermal.

Widerstand kennt keine Grenzen

Mit einer Ankettaktion hat eine deutsch-französische Aktionsgruppe den Castor kurz nach seiner Abfahrt am 5. November 2010 im französischen Caen für drei Stunden gestoppt. Auf die Aktion reagierte der Staat mit ungewöhnlicher Härte. Fünf Aktivist_innen, die sich festgekettet hatten, wurden bei ihrer Räumung aus dem Gleisbett verletzt, drei von ihnen erlitten schwere Verletzungen.

Am 8. Dezember begann ein Prozess gegen die Aktivist_innen. Das Urteil wird voraussichtlich am 26. Januar verkündet; die Staatsanwaltschaft forderte zwei bis drei Monate Haft auf Bewährung. Zusätzlich wurden verschiedene Geldbußen gefordert: zwischen 3000 Euro Geldbuße gegen die Fünf, die sich festgekettet hatten, und 2000 Euro gegen die anderen Aktivist_innen.

Die *Graswurzelrevolution* brachte in ihrer Dezemberausgabe ein Interview mit Damien. Wir dokumentieren dieses Interview, auch weil einer der Beteiligten lange in Celle gelebt hat und wir so vielleicht ein bisschen zusätzliche Solidarität herstellen können.

Der Journalist Mikael Chambru und GWR-Autorin *Eichhörnchen* sprachen mit Damien, einem Aktivist der Gewaltfreien Aktionsgruppe gegen Atomkraft GANVA. Damien ist 22 Jahre alt. An einer Ankettaktion beteiligte er sich am 5. November zum ersten Mal - seine erste Aktion gegen Atomtransporte war es allerdings nicht! Er beteiligte sich zuletzt im Sommer 2010 an einer Kletteraktion in Geesthacht gegen den Abtransport von abgebrannten Brennelementen nach Cadarache. Die Luftblockade zwang den Atommülltransport zu einer Routenänderung.

Graswurzelrevolution (GWR): Warum habt ihr euch dafür entschieden, gegen den Atommülltransport zu protestieren?

Damien: Ich finde es absurd und abwegig, 123 Tonnen hochradioaktivem Müll quer durch Frankreich und Deutschland zu transportieren, um ihn zu einem Standort zu bringen, der nicht einmal mehr Sicherheitsgarantie bringt als der bisherige Lagerungsort. Dieser Atommülltransport ist auch der radioaktivste gewesen: die Radioaktivität ist zweimal größer als das bei der Tschernobylkatastrophe 1986 freigesetzte radioaktive Inventar. Die Bevölkerung an der Strecke wird durch solche Atomtransporte immensen Gefahren ausgesetzt. Ich wohne in Savoyen, seit zwei Jahren protestieren wir gegen die Durchfahrt von Transporten mit abgebrannten Brennelementen von Italien zur Wiederaufbereitungsanlage La Hague. Da war es für uns also logisch, gegen diesen Transport zu protestieren, genauso wie bei den an-

deren Transporten. Zudem ging es uns darum, Solidarität mit der Bevölkerung in Deutschland, die sich die Verseuchung des Landes für die Ewigkeit nicht gefallen lassen will, zu zeigen.

GWR: Warum diese Aktionsform?

Damien: Diese Aktionsform ist Teil einer Bewegung, die sich zivilen Ungehorsam auf die Fahnen geschrieben hat. Die Aktion war zwar aus rechtlichen Gründen illegal, auf Grund der Gefahren der Atomindustrie und der nicht vorhandenen Transparenz war sie allerdings legitim. Mit einer Ankettaktion kann man zudem den Zug - nachdem alle Sicherheitsvorkehrungen getroffen wurden und er angehalten hat - für längere Zeit zum Stillstand bringen, ohne die Gleise mit vielen Menschen zu besetzen. Die Aktion hatte das Ziel, die Atomproblematik in Europa zu thematisieren. Radioaktivität kennt keine Grenzen.

GWR: Eine solche Aktion will gut vorbereitet sein.

Damien: Na klar, das ist eine sehr überlegte Handlung, die Sicherheit muss garantiert sein, wie bei den anderen Aktionen. Unser Ziel war es, eine direkte physische Konfrontation mit der Staatsmacht zu verhindern.

GWR: Wie lief es am Tag X?



Damien: Wir haben Sicherheitsvorkehrungen getroffen und als die Sicherheit gewährleistet war, haben wir Stahlrohre unter die Schienen geschoben. Fünf Aktivistinnen ketteten sich anschließend mit Vorhängeschlössern, deren Schlüssel sie nicht bei sich trugen, fest. Die Blockade wurde blitzschnell und sicher aufgestellt. Wir haben dann ein Banner entrollt. Darauf stand auf Deutsch "Unser Widerstand kennt keine Staatsgrenzen. Castor 2010 Die Erste". Bis zu diesem Zeitpunkt lief alles wunderbar.

GWR: Haben die Polizeikräfte lange gebraucht, bis sie eintrafen?

Damien: Die Polizist_innen sind innerhalb von wenigen Minuten in kleinen Gruppen angekommen. Es folgten die Gardes Mobiles, eine Spezialeinheit der Militärpolizei und dann die CRS (Bereitschaftspolizei), die aus dem Zug, der in Schrittgeschwindigkeit zu uns kam, ausstiegen. Die Gendarmen haben damit angefangen, die nicht festgeketteten Aktivist_innen zu räumen, die Journalist_innen wurden weggeschickt. Die CRS haben sich dann für uns interessiert. Sie haben große, blaue Planen als Sichtschutz vor der Öffentlichkeit ausgebreitet. Die Polizist_innen haben ziemlich schnell nach diversen Werkzeugen gegriffen, u.a. nach einer Winkelschleifmaschine, um die Rohre eins nach dem anderen durchzutrennen. Das war ziemlich beeindruckend und wir wussten nicht, wie es enden würde. Die CRS waren sehr angespannt und wollten uns so schnell wie möglich räumen, damit der Zug weiterfahren kann. Diese Eilfertigkeit erfolgte zum Nachteil unserer Sicherheit. Wir haben uns zwar selbst in die Situation gebracht und festgekettet, aber die Verantwortung, unsere körperliche Unversehrtheit zu garantieren, lag trotzdem bei der Polizei.

GWR: Lief es dann schief?

Damien: Es waren zwei Stunden psychologischer Druck. Dazu kommt, dass die Polizei uns mutwillig verletzt hat, als sie die Stahlrohre durchtrennte. Was mich betrifft, ich trage Verbrennungen des dritten Grades auf der Rückseite der linken Hand davon.

GWR: Habt ihr die Polizei nicht darauf aufmerksam gemacht, dass sie euch gerade Verbrennungen zufügt?

Damien: Doch, ich habe die Polizei vorgewarnt: Ich habe vor Schmerzen geschrien, aber das hat zu Beginn überhaupt nichts gebracht. Nach einer Weile haben sie zwischendurch wenige Sekunden Pause gemacht und dann umso tatkräftiger weiter geflext. Ich habe auch die anderen schreien gehört, als ihre Rohre durchtrennt wurden. Wir wurden bei dem Polizeieinsatz alle verletzt, zwei weitere Personen wurden noch schwerer verletzt. Eine Person erlitt eine Verbrennung des dritten Grades, der dritten Person wurden zwei Sehnen durchgetrennt, sie wurde im Krankenhaus operiert.

GWR: Wurdet ihr nach der Räumung zum Krankenhaus gebracht?

Damien: Die Feuerwehr hat mich dahin gebracht. Meine Ingewahrsamnahme wurde mir bei meiner Ankunft im Krankenhaus von Caen erklärt, noch bevor ich von den Ärzten untersucht wurde. Ich bin ca. zwei Stunden im Krankenhaus geblieben. Anschließend wurde ich zur Polizeiwache gefahren und in einer Haftzelle eingesperrt. Wir wurden am Tag darauf dem Haftrichter vorgeführt.

GWR: Was hat die Staatsanwaltschaft gefordert?

Damien: Die Ankündigung der Regierung, mit strenger Repression auf Aktionen der Atomkraftgegner_innen zu reagieren, wurde umgesetzt. Der Haftrichter hat schließlich beschlossen, dass wir freigelassen, aber einer strengen richterlichen Kontrolle unterstellt werden. Wir mussten zudem bis zum 15. November eine Kautionshöhe von 16.500 Euro zahlen, um die Untersuchungshaft abzuwenden. Ansonsten hätten wir bis zum Prozess am 8. Dezember in U-Haft gesessen.

GWR: Habt ihr eine solche Entscheidung erwartet?

Damien: Wir haben mit einem Gerichtsprozess gerechnet. Das ist oft der Fall bei solchen Aktionen. Aber das Ausmaß der Repression ist ungewöhnlich. Wir rufen zu einer großen Mobilisierung für den Prozess auf, um unsere Ablehnung der Atomkraft und der dazugehörigen Repression zu bekräftigen.

Was die Kautionshöhe angeht, der Vorgang ist ziemlich widersinnig, weil die Staatsanwaltschaft eingeräumt hat, dass wir bei unserem Prozess anwesend sein wollen. Die richterliche Kontrolle - insbesondere in der Form einer Kautionshöhe - dient eigentlich nur dazu, die Anwesenheit der Angeklagten bei ihrem Prozess zu gewährleisten. Das Vorgehen zeigt, dass man uns unter Druck setzen will.

GWR: Ihr habt auch beschlossen, vor Gericht zu klagen?

Damien: Ja, es ist nicht akzeptabel, dass die Polizei im Rahmen einer gewaltfreien Aktion Gewalt anwendet und Demonstrant_innen mutwillig verletzt. Aus diesem Grund haben wir mit Unterstützung der Aktionsgruppe GANVA eine Strafanzeige wegen schwerer Körperverletzung in Amt eingereicht. War der Wille der Regierung und der Atomlobby, diesen Transport um jeden Preis durchzusetzen, ein Rechtfertigungsgrund für eine solche Gewalt seitens der Ordnungskräfte? Wollte die Polizei diese Gewalt verbergen, als wir hinter den blauen Planen geräumt wurden?

GWR: Denkt ihr, dass ihr mit eurer Anzeige gegen die Polizei Erfolg haben könnt?

Damien: Wir werden sehen, welches Gewicht die Atomlobby auf die französische Justiz hat.

Interview: Eichhörnchen & Mikael Chambru

Spenden auf das Konto

Stichwort : GANVA, IBAN: FR43 2004 1010 0711 1706 6A03, 814 BIC (Bank Identifier Code): PSSTFRPPPLYO

Volkstrauertag – alle nur Opfer?

Die rosa Farbe war von der Feuerwehr schon abgewaschen, als sich die „Spitzen aus Politik und Verwaltung“ am Ehrenmal vor dem Neuen Rathaus versammelten. Es ist nicht davon auszugehen, dass jemand von diesen Offiziellen ohne die Verpflichtung ihres Jobs an einer Volkstrauertagsveranstaltung teilnehmen würde – die Empörung über die „Schändung“ war entsprechend „professionell“. Man zeigte sich fassungslos und erschüttert.

Am Ort des Geschehens war ein Bekennerschreiben einer „Aktionsgruppe Deutsche Opfermythen Schottern“ hinterlegt (siehe S. 26). Darin wird kritisiert, dass beim Volkstrauertag Deutschlands Verantwortung für zwei Weltkriege und Auschwitz heruntergespielt würden – aus Täter_innen würden Opfer gemacht.

Dies nahm der SPD-Ratsfraktionsvorsitzende, Jens Rejmann, zum Anlass zu behaupten: „Die haben von der Geschichte offenbar keine Ahnung, wenn sie behaupten, dass an diesem Tag aus Tätern Opfer gemacht werden sollen.“ Und Oberbürgermeister Mende ergänzte: „Ich bin ja selber eher einer vom linken Spektrum – das war für mich aber immer selbstverständlich, auch in der Jugend, dass wir zum Volkstrauertag hingegangen sind.“ Merkwürdig: Teile unserer Redaktion gehören zur Generation Mendes – aber wir kennen keinen einzigen Jugendlichen, der je mit einer anderen Absicht zum Volkstrauertag gegangen wäre als der zu stören. Und die Geschichte des Volkstrauertages lässt sich nun wirklich nicht als sozialdemokratische Friedensveranstaltung lesen.

Von Helden und Opfern

Eine von Alexandra Kaiser im Herbst vergangenen Jahres veröffentlichte Studie „Von Helden und Opfern“ zur Geschichte des Volkstrauertages belegt, dass dieser Gedenktag bei allen sich wandelnden Bedeutungen und Inszenierungen nie unpolitisch war und immer auf die „Opfer der Volksgemeinschaft“ abzielte.

Anders als es der ausrichtende Volksbund für Kriegsgräberfürsorge (VDK) glauben machen will, genoss der Volkstrauertag zu keiner Zeit Rückhalt in der gesamten Bevölkerung: So mischte sich in der Weimarer Republik die Trauer um die Soldaten mit der Trauer um das untergegangene Kaiserreich - und es ging darum, den Soldatentod mit Sinn zu belegen. Das war ein Programm der politischen Rechten und durchaus nicht kompatibel mit den Vorstellungen der Arbeiterbewegung.

„Die revanchistische Deutung des Soldatentodes, die der Volksbund bereits in den 1920er Jahren propagiert hatte [...], war unmittelbar anschlussfähig für den NS-Opferkult“, schreibt die Historikerin Alexandra Kaiser. Und so erfuhr der Volkstrauertag 1934 eine Aufwertung zum reichsweiten Gedenktag. „Heldengedenktag“ hieß er nun, was der gleichgeschaltete VDK enthusiastisch be-

grüßte: „Heldentag statt Volkstrauertag! Bedeutsam ist diese Namensgebung, die vom ganzen deutschen Volke auf das wärmste begrüßt wird, und nun auch äußerlich das ausdrückt, was der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge von Anfang an angestrebt hat.“ Mit den im Nationalsozialismus pompös gestalteten Feiern verfestigte sich übrigens die Formgestalt des Gedenktages, etwa die „stille Kranzniederlegung“ – sie setzte sich erst im NS durch.

Das „Lied vom guten Kameraden“ bildet seit 1924 einen festen Bestandteil der Feiern. „Ich hatt' einen Kameraden' / einen bessern findst du nit. / Die Trommel schlug zum Streite, / er ging an meiner Seite / In gleichem Schritt und Tritt. // Eine Kugel kam geflogen: / „Gilt's mir oder gilt es dir?“ / Ihn hat es weggerissen, / er liegt mir vor den Füßen / Als war's ein Stück von mir. // Will mir die Hand noch reichen, / derweil ich eben lad': / „Kann dir die Hand nicht geben; / bleib du im ew'gen Leben / Mein guter Kamerad.“ Das Lied verkörpert, schreibt Alexandra Kaiser, „eine unkritische Glorifizierung der soldatischen Kameradschaft und verklärt das Sterben im Krieg zum stillen, tapferen Heldensterben“.

Nach den Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges stellte sich die Frage nach einem öffentlichen Totengedenken neu. Denn dem Schmerz um die „eigenen Toten“ stand das Wissen um die ungeheuren Verbrechen der Deutschen gegenüber. So konnte sich zunächst sogar mit dem „Gedenktag für die Opfer des Faschismus“ ein Gegenkonzept entwickeln. Dieser von Verfolgtenorganisationen wie der VVN ins Leben gerufene Gedenktag hatte aus Sicht der Bevölkerungsmehrheit im Westen aber den Makel, nicht die deutsche Opfer, sondern nur die Opfer der Deutschen zu ehren. Mit der Gründung der beiden deutschen Staaten wurde der OdF-Tag in der DDR ein offizieller Gedenktag, während er in der Bundesrepublik aus dem Gedenkkalender verschwand.

1952 wurde der Volkstrauertag durch eine Innenministerkonferenz der Länder in der Bundesrepublik offi-



ziell wieder eingeführt. Die symbolischen Ehrbezeugungen blieben auf die gefallenen Soldaten ausgerichtet: „*Noch angesichts des Wissens [...] um den von den Deutschen geführten völkerrechtswidrigen Krieg, vertrat der Volksbund also den Gedanken des [...] heldischen Opfertods des Soldaten*“. (Kaiser, 232) Wobei der VDK sich nach Auffassung Kaisers zum einen dem Ziel der „*Befreiung der Deutschen vom Verdacht der Täterschaft und Schuld*“ verschrieb; zum anderen sei es um die „*Sinnstiftung und Ehrung des Soldatentods*“ gegangen. (Vgl. Kaiser, 293)

Erst in den 1960er Jahren wurde auch das Gedenken an die NS-Verfolgten eingebunden. Im Jahr 1973 führte Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) die bis heute prägende Formulierung „*Opfer von Krieg und Gewalt*“ ein, was „*eine Öffnung des Gedenktages und eine Abkehr vom einseitigen Fokus auf die in den Weltkriegen gestorbenen Soldaten*“ signalisierte. (Vgl. Kaiser, 276)

Imagewandel und Re-Heroisierung

Alexandra Kaiser konstatiert einen „Imagewandel“, der um 1968 herum den generellen Umbruch in der bundesrepublikanischen Gesellschaft spiegelt:

„*Vor dem Hintergrund einer deutlich stärkeren Thematisierung der NS-Verbrechen in der Öffentlichkeit wurde es immer schwieriger, die deutschen Kriegstoten – und hier vor allem die gefallenen Soldaten – durch eine besondere Form der öffentlichen Ehrung auszuzeichnen. Angesichts dieser »Problematik« sollte sich das zusammenfassende Gedenken an alle Toten der Jahre 1933 bis 1945 – der britische Literaturwissenschaftler und Historiker Bill Niven spricht vom »all-victims-together«-Paradigma – als eine höchst funktionale Form des Umgangs mit der Vergangenheit erweisen, die sich als charakteristisches Modell der Bundesrepublik etablierte. Denn (nur!) durch eine Nivellierung der Unterschiede zwischen denjenigen, die für das Dritte Reich gekämpft hatten, und denjenigen, die als Verfolgte des Dritten Reiches starben, war es letztendlich auch möglich, der ersteren Gruppe – und auf die kam es dem Volksbund in erster Linie an – weiterhin »in Ehre« zu gedenken.*“ (Kaiser, 281 f.)

In Afghanistan sind bis Ende 2010 45 Bundeswehr-

soldaten gestorben, 27 von ihnen durch Fremdeinwirkung. Die Errichtung des Ehrenmals im Berliner Bendorfer-Block ist eine Reaktion, die andere besteht in der Re-Herosisierung des Volkstrauertages. Alexandra Kaiser lenkt den Blick hierzu auf einige Details:

„*Während man die Bonner Spitzenfeiern [...] bewusst von einer offiziellen Beteiligung des Militär freihielt, wird die Bundeswehr jetzt wieder aktiv einbezogen: Seit 2001 nahm (anders als zuvor) regelmäßig das Musikkorps der Bundeswehr am Programm teil; das Lied vom guten Kameraden zum Abschluss der Feier wurde seither von den Streichern der Bundeswehr gespielt. 2006 setzte man zum ersten Mal (auch) im Plenarsaal einen Bundeswehrtrompeter zur Intonierung des Kameradenliedes ein – allein in diesem Wechsel drückt sich die stärkere Betonung eines soldatisch-militärischen Charakters der Feier aus.*“ (Kaiser, 396)

Kaiser zieht deshalb ein äußerst kritisches Fazit:

„*Anders als es die Propaganda des Volksbundes (spätestens seit den 1970er Jahren) suggeriert, stand die Funktion als Gedenktag für die gefallenen und die eigenen Opfer beim Volkstrauertag immer im Vordergrund; damit ist seine Kernbedeutung benannt. [...] Durch die Aufnahme des Gedenkens an die getöteten Bundeswehrsoldaten [...] verstärkte sich diese Tendenz noch einmal; gleichzeitig wurde der sakrifizielle, heroische Aspekt des Gedenktages wieder betont. [...] In jüngster Zeit geht es dabei nicht zuletzt um den Versuch einer Aufwertung des Soldatentods in Deutschland: Das Kämpfen und Sterben im Krieg soll, insbesondere mit Blick auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr, nicht mehr nur als sinnlos oder gar verwerflich, sondern auch wieder als aufopferungsvoll und ehrenhaft gelten können.*“ (Kaiser, 408 f.)

„*Gedenken ist Friedenserziehung*“, sagte OB Mende. Die Farbattacke zeige, dass sich die Verantwortlichen nicht mit dem Inhalt des Volkstrauertages auseinandergesetzt haben. Wer die Studie von Alexandra Kaiser liest, dürfte den gegenteiligen Eindruck bekommen.

Alexandra Kaiser: Von Helden und Opfern. Eine Geschichte des Volkstrauertages. Frankfurt/New York (Campus) 2010. 45 EUR.

Wir haben in der Nacht auf den 14. November 2010 das sogenannte Ehrenmal vor den Neuen Rathaus in Celle mit rosa Farbe angegriffen, weil wir ein grundsätzliches Problem mit der hier stattfindenden „Gedenkfeier“ und dem nationalen Rumgeheule am Volkstrauertag in ganz Deutschland haben.

Wenn am 14.11. kollektiv um gefallene deutsche Soldat_innen getrauert wird, passiert ganz praktisch Geschichtsrevisionismus. Deutschlands Verantwortung für zwei Weltkriege inklusive Faschismus, Vernichtungskrieg und Auschwitz und die muntere Eingliederung in das mörderische System kapitalistischer Nationalökonomien spielen nur noch eine Nebenrolle, aus Täter_innen werden Opfer. Das ist Bullshit!

Weder wurden die nationalsozialistischen Angriffskriege durch eine elitäre Führungsclique herbeigezaubert, noch wird heute irgendjemand dazu gezwungen, im Dienste der Bundeswehr Deutschlands wiederentdeckte hegemonialen Weltmachtansprüche zu befriedigen.

Rosa Farbe gegen die Inszenierung Deutschlands als geläuterte Nation und in Erinnerung an 6 Millionen tote Juden_Jüdinnen und alle anderen Opfer deutscher Zustände.

This is not the End, it's a Beginning – Say Goodbye to your German Dreamland“

Aktionsgruppe Deutsche Opfermythen Schottern

Kulturkampf um Helmuth-Hörstmann-Weg?

Es war eine Illusion zu meinen, die Diskussion um die Umbenennung von Straßennamen könne emotionslos geführt werden. Für das konservative Milieu ist es nicht nur schmerzhaft, die eigene Geschichte hinterfragt zu sehen. Dieses Milieu erlebt es als Angriff auf seine Integrität, jene Persönlichkeiten, die die Nachkriegsgeschichte der Stadt prägten, eine nach der anderen über die Verstrickung in den Nationalsozialismus von ihren Sockeln purzeln zu sehen. Erst die Oberbürgermeister Ernst Meyer, dann Kurt Blanke – und jetzt noch Helmuth Hörstmann? Selbstverständlich spitzte sich die Auseinandersetzung auf ihn zu. Auf der einen Seite, weil es sich bei dem nach ihm benannten Weg um die Rathausadresse handelt, zum anderen aber auch weil mit Udo Hörstmann sein Sohn bis vor kurzem eine kommunalpolitische Größe war. Im Februar soll über die Rathausadresse entschieden werden. Das Ergebnis der Abstimmung ist aktuell kaum vorhersehbar.

Auf Basis des Gutachtens von Bernhard Strebel (*»Es ist nicht ganz einerlei, wie die Straße heißt, in der man wohnt«*, *Straßennamen in Celle und personelle Verbindungen mit dem Nationalsozialismus*) hatte die vom Oberbürgermeister eingesetzte Bewertungskommission im Oktober eine Umbenennung des *Helmuth-Hörstmann-Weges*, des *Hanna-Fuess-Weges* und der *Agnes-Miegel-Straße* befürwortet. Weder die Freunde des Löns-Kultes, die um den Fuess-Weg trauern, noch die lokal organisierten Flüchtlinge und Vertriebenen, deren Herz an Miegel hängt, sind gesellschaftlich noch relevant. Anders sieht es mit dem CDU-Politiker Hörstmann aus. Er steht für die „goldenen Jahre“ der Partei in dieser Stadt; mit ihm hatte sie zwischen 1973 und 1986 absolute Ratsmehrheiten. Er personifizierte die mit ihm auslaufende Epoche, als sich die CDU als Partei von Heimat, christlicher Sitte und Besitz gerierte – gepaart mit Nationalismus und Militarismus. Der danach einsetzende Modernisierungsprozess ist bei den Celler Christdemokraten nach wie vor weder abgeschlossen, noch gelungen. Auch deshalb ist die Entscheidung über Hörstmann eine Richtungsentscheidung über ihre Zukunftsfähigkeit.

Teile des alten konservativen Milieus versuchten sich schnell daran, Strebels Untersuchungsergebnisse zu hinterfragen. Neben dem ehemaligen Oberstadtdirektor Ulrich von Witten machte vor allem der Jurist Peter Weise, ehemals Kanzleipartner von Kurt Blanke, mit einer 26-seitigen „Stellungnahme“ viel Wind. Diese Ausarbeitung, die vom Internetportal „CelleHeute“ veröffentlicht wurde, veranlasste Oberbürgermeister Mende zu einem weiteren Auftrag an Strebel, der in dem so genannten Nachgutachten mündete. Und diese merkwürdige „Stellungnahme“ trug dann einiges dazu bei, dass es bei der am 7. Dezember angesetzten Anhörung von Strebel und Mitgliedern der Bewertungskommission

praktisch ausschließlich um Hörstmann ging.

Wie sah die Verteidigungslinie aus? Es waren vor allem vier Aspekte, die von konservativer Seite in die Diskussion eingeführt wurden:

- War nicht bei der Straßenbenennung alles über Hörstmanns NS-Vergangenheit bekannt?
- Hat ihn nicht die Entnazifizierungskommission in den späten 1940er Jahren entlastet?
- Warum glaubt man seinen Angaben, Juden geholfen zu haben, nicht?
- Wiegt nicht seine Lebensleistung für die westdeutsche Demokratie seine SS-Vergangenheit auf?

Mit einigem Recht wird gefragt, welche neuen Erkenntnisse eigentlich die erst vor gut 10 Jahren getroffene Entscheidung zur Straßenbenennung nun in Frage stellen? Dabei wird behauptet, die SS-Mitgliedschaft Hörstmanns sei doch allseits bekannt gewesen. – Es ist ihnen zu glauben, dass im eigenen Milieu jedermann um seine schwarze Uniformfarbe wusste. Niemals jedoch hat er sich öffentlich dazu bekannt. Im Gegenteil: Er hatte es verstanden, einen Raum der Tabuisierung zu schaffen. In Möllers *Celle-Lexikon* aus dem Jahr 1987 fehlt zum Beispiel in Hörstmanns Biografie der Hinweis auf die SS. Im Stadtbuch aus dem Jahr 2003 taucht er zwar auf, aber als die RWLE Möller Stiftung 2005 die erste Ausgabe der Celler Hefte herausbrachte, ließ sie diesen Hinweis über die Einsicht in seine Entnazifizierungsakte absichernd recherchieren (das erste Mal übrigens, dass die Akte eingesehen wurde).

Das entschuldigt im übrigen nicht die geschichtsvergessene Entscheidung des Stadtrates im Jahr 1999, widerlegt aber die Behauptung, Hörstmanns NS-Vergangenheit sei allseits bekannt gewesen.



Und es gibt einige zusätzliche von Strebel herausgearbeitete Aspekte in Hörstmanns Biografie, die die Öffentlichkeit bisher nicht kannte: Ohne jeden Druck trat er schon im Jahr 1933 der allgemeinen SS bei, wo er es zum Rang eines Obersturmführers brachte. Sofort nach der Lockerung der Mitgliedersperre im Frühjahr 1937 wurde im Mai „Parteigenosse“. 1938 nahm er am

wurde im Mai „Parteigenosse“. 1938 nahm er am Reichsparteitag in Nürnberg teil, und er schloss sich dem NS-Ärztbund an. Nach einer „rein nominellen“ SS-Mitgliedschaft sieht das in der Bewertung von Strebel nicht aus: *„Vielmehr spricht das Bild [...] für ein erhebliches Maß an Überzeugung und Begeisterung für den Nationalsozialismus, zumindest aber für das engagierte Bestreben, einen dahingehenden Eindruck zu erwecken.“*

Wer sich die Entnazifizierungsakte Hörstmanns im Hauptstaatsarchiv anschaut, gewinnt den Eindruck, dass es einen besseren Menschen kaum geben kann. Knapp drei Dutzend Leumundzeugnisse sollen ihn »entlasten« - eine Einstufung, zu der er es in einem langwierigen, mehrere Berufungen erfordernden Verfahren am Ende auch brachte. Im Juli 1947 aber war er noch in Kategorie III (eifriger Nazi-Unterstützer) eingruppiert worden, was mit erheblichen finanziellen (Vermögenssperre) und beruflichen Einschränkungen verbunden gewesen wäre. Trotz dieses also keineswegs gradlinigen Entnazifizierungsverlaufs, beharren Weise, aber auch Udo Hörstmanns Ratskollege Haack auf dem unterm Strich erfolgreichen Ausgang. – Strebel machte dagegen in der Anhörung deutlich, dass der Begriff „Persilschein“ für die allermeisten der angeführten Entlastungszeugnisse zu gelten habe, weil die Leumundzeugen im Grunde genommen nur Vorgaben Hörstmanns (wie die Legende vom erzwungenen SS-Eintritt) bestätigen.

Was Hörstmann heute vor allem vorgehalten wird, sind seine *„manipulativen Versuche“* (Michael Fürst), sich im Jahr 1985 von ehemaligen jüdischen Bürgern der Stadt eine Geschichte bestätigen zu lassen, wonach er 1938 Hans Salomon und Viktor Roberg nach ihrer Entlassung aus dem KZ geholfen habe. Obwohl diese Darstellung schon vor 25 Jahren für Entrüstung bei den Angefragten geführt hatte und es keinen einzigen Beleg für Hörstmanns Darstellung gibt, versuchte Peter Weise es mit einem juristischen „in dubio pro reo“. Und machte sich dabei nebenbei einigermaßen lächerlich. Hörstmann habe, so Weise, die Einzelheiten wie folgt dargestellt: *„Während meiner Dienstzeit im Städtischen Krankenhaus Berlin-Wilmersdorf habe ich zwei Celler Juden, Hans Salomon und Viktor Roberg, die ich in SS-Uniform mit ihrem Judenstern in der Salzburger Straße in Berlin traf (sie waren aus Oranienburg entlassen) zu mir ins Krankenhaus genommen, ihnen den Judenstern entfernt, sie nach meinen Kräften finanziell unterstützt und mit einem SS-Wagen aus dem Sperrgebiet Berlin hinausbringen lassen.“* – Strebel antwortete in seinem Nachgutachten scharf: *„Jeder an Zeitgeschichte Interessierte fragt sich jedoch: Warum trugen Hans Salomon und Victor Roberg im Dezember 1938 einen Judenstern? Ihre Häftlingskleidung mit dem aufgenähten rot/gelben Davidstern hatten sie bei ihrer KZ-Entlassung abgeben »müssen«. Bis zur Kennzeichnungspflicht mit dem »Judenstern« ab September 1941 sollten noch fast drei Jahre vergehen. Außerdem: Warum ist in der Fachliteratur über ein »Sperrgebiet Berlin« überhaupt nichts bekannt?“* Und er fragt: *„Warum aber warf Hörstmann dies bei seiner Entnazifizierung nicht in*

die Waagschale, um seiner zwölfjährigen SS-Mitgliedschaft ein wenig das Gewicht zu nehmen?“

In der Anhörung stand seitens einiger CDU-Ratsmitglieder noch die Frage im Raum, ob nicht die Nachkriegsleistungen eine weitere Würdigung zuließen? Hier war sich die Bewertungskommission allerdings einig, dass es nicht um die Beurteilung einer Biografie gehe, sondern um die Wertung, ob die Person als *„Vorbild“* herausgestellt werden könne, ob ein *„in die Zukunft wirkendes Gedenken“* gerechtfertigt sei? Und dies wurde für Hörstmann unstrittig verneint.

Schließlich stellten sich Haack und Hörstmann Junior in der Anhörung noch selbst ein Bein. Sie führten erneut ins Feld, dass Hörstmanns Frau 1939 kurzzeitig die Aufnahme in die Reichstheaterkammer versagt worden war. Dies mache doch eine Distanz auch des Arztes zum NS-Regime wahrscheinlich. Der Bescheid des Präsidenten der Reichstheaterkammer vom 22.08.1939 war versehen mit einer handschriftlichen Randbemerkung von Ilsetraud Hörstmann: *„Ist meine Schauspielkarriere durch Hitler beendet? Ich werde kämpfen!!!“* Dieser Vermerk muss allerdings, darauf machte Strebel aufmerksam, aufgebracht worden sein, als die Schauspielerin noch weit davon entfernt war, eine Frau Hörstmann zu werden (erst 1942). Und auch ihr späterer Mann hatte im Herbst 1939 eine ganz andere Beziehung, der u.a. ein unehelicher Sohn entsprungen war.

Die vom Rat anberaumte Informationsveranstaltung erwies sich als ziemliches Desaster für die Verteidiger Hörstmanns. Ihr Geschichtsbild konnte bei den Mitgliedern der Bewertungskommission keine Resonanz finden. Hans-Ulrich Thamer (Uni Münster), Michael Fürst (Vors. des LV der Jüdischen Gemeinden Niedersachsens), Jörn Ipsen (Präsident des nds. Staatsgerichtshofes) und Thomas Scharf-Wrede (Direktor des Bistumsarchivs Hildesheim) machten übereinstimmend deutlich, worum es ihnen geht – und aus ihrer Sicht auch dem Rat gehen sollte: Zu bewerten, ob die Straßennamensgeber_innen eine in die Zukunft wirkende Erinnerung rechtfertigen. Und für Hörstmann bestand bei ihnen kein Zweifel am „Nein“.

Im Unterschied zu den Vertretern von SPD, Bündnisgrünen und Linken ließ Oberbürgermeister Mende während der Anhörung durchaus ein gewisses Maß an Engagement erkennen. Dass sich in der ganzen Veranstaltung keine einzige Frau äußerte, sollte zumindest angemerkt werden.

Die Abstimmung über den Helmuth-Hörstmann-Weg, den Hanna-Fuess-Weg und die Agnes Miegel-Straße soll am 10. Februar über die Bühne gehen. Leider hat die Zuspitzung auf den ehemaligen OB dazu geführt, dass Verbrecher wie Stülpnagel, von Fritsch und Rommel weiterhin Celler Straßennamensschilder schmücken. – Allerdings: Die SPD hatte im November angekündigt, auch diese Namen auf den Prüfstand stellen zu wollen.

"Unbekannt verzogen" von C. Sziget

Regionalkrimis haben Konjunktur. So auch in Celle. Nach Andree Hesse, Christian Oehlschläger und Bella Q. ist jetzt mit Cornelia Sziget eine weitere Autorin hinzugekommen, die sich der genretypischen Elemente bedient: Celler Leser kennen die Orte, kennen die Milieus, kennen die Menschen – auch wenn Sziget mit ihrer Umbenennung der Stadt in „Mölze“ Fritz Grasshoff eine literarische Referenz erweist. Denn so hatte dieser die Allerstadt in seinem „Blauen Heinrich“ getauft.

Bei Sziget ist es nun auch kein Kommissar, sondern ein Privatdetektiv, der seine mit Einstiegsgehalt der Arbeitsagentur begründete „Karriere“ gleich mit einem Fall beginnen muss, der zunächst kaum danach aussieht. Scheinbar grundlos hat eine junge Frau die Stadt und ihren Bekanntenkreis verlassen. Von einer Freundin der Verschwunden engagiert, macht der frisch gebackene Detektiv namens Martin Spranger seine ersten, tastenden Ermittlungserfahrungen. Das mysteriöse Verschwinden der ehemaligen Museumsmitarbeiterin lässt nicht nur erahnen, wie viel von einer Person selbst nahestehenden Menschen verborgen bleiben kann; der Fall konfrontiert den Eigenbrötler auch mit seiner eigenen, melancholischen Persönlichkeit. Bisher war der talentierter Dilettant nur darin geübt, seine nähere Umwelt kritisch zu beäugen – doch jetzt ist er in ein Drama verwickelt, das zahllose falsche Verdächtigungen und Mysterien in sich birgt.

Neben der herbstlich, düsteren Seite setzt die Autorin mit drehbuchtauglichen Skizzen der Macken ihres übrigen kleinstädtischen Personals viele humoristische Akzente. Der „Auftritt“ eines Mitarbeiters der Wohnungsbaugesellschaft (WBG) erinnert an einen quirligen Gebrauchtwagenhändler à la Danny De Vito und eine baumstehlende Studienratsgattin redet sich wie eine Bette Midler um Kopf und Kragen. Wenn daneben noch dem Künstler Peter Basseler, dessen skurrile Schaukästen einen kleinen Beitrag zur Lösung des Falls beitragen, mit einem Kurzauftritt Referenz erwiesen wird, Yoko Ono den Celler Hof zu verlassen scheint und mit Arno Hennings der Kommissar aus Andree Hesses Celle Krimis im Hintergrund agiert, so verweisen diese kleinen Skizzen den Spaß mit Schein und Sein, den die Autorin schreibend gehabt haben mag und vermitteln will.

Einen seiner Spannungsbögen gewinnt der Krimi aus der Konfrontation unterschiedlicher Milieus: Zum einen sehen sich die Leser_innen in sich zwangscharakterlich panzernde besitzbürgerliche Milieus versetzt, die gerade in einer Stadt wie Celle durchaus (noch) zu finden sind (Derrick lässt hier grüßen). Auf der anderen Seite aber scheinen zum Beispiel in der Person des Detektivs jene (nicht mehr ganz so neuen) Milieus auf, die sich an entfremdeter Arbeit und ihrer trotz aller Bemühungen we-



nig nachhaltigen Lebensweisen reiben. Hier kennt sich die Autorin augenscheinlich aus.

Nun werden gerade auch Leser_innen unseres kleinen Magazins sich an dem Personal und einigen Orten des Romans erfreuen können, denn – durchaus nicht unsympathische – Schilderungen zum Beispiel des Morlock und des Kino Achteinhalb treffen augenzwinkernd den Charme dieser Etablissements.

Herausgekommen ist letztlich bei Cornelia Szigets Erstling ein souverän erzählter Regionalkrimi, der Celler Krimifreund_innen mit seinem hohen Maß an Lebendigkeit und Authentizität kribbelnde Leseabende bescheren dürfte.

Cornelia Sziget: Unbekannt verzogen. Ein Celler Regionalkrimi. edition winterwork, 291 Seiten, ISBN 978-3-942693-33-2, 16,90 EUR.

PS.: Wir verlosen ein Exemplar unter jenen e-mail-Zuschreibern, die uns bis zum 31.1. mit der richtigen Antwort auf folgende Frage erreichen: Welcher Popstar nächtigte in den 1960er Jahren im „Celler Hof“?



Kino 8 1/2 im Jan./Feb.

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



14. und 15. Januar

ODINE – DAS MÄDCHEN AUS DEM MEER

Ein einsamer Fischer zieht eine schöne junge Frau aus dem Meer, die ihm neuen Lebensmut schenkt und die Fantasie seiner schwer kranken, im Rollstuhl sitzenden Tochter anregt. Märchenhaftes, in den Hauptrollen hervorragend gespieltes und atemberaubend fotografiertes Drama, das Mythen der deutschen Romantik mit der irischen Sagenwelt zu einer überlebensgroßen Liebesgeschichte verbindet. Die angedeutete Krimihandlung dient dabei nur als dramaturgischer Umweg auf dem Weg zum Happy End.
Irland/USA 2010, 111 Minuten

21. und 22. Januar

LEBANON

Am ersten Tag des Libanonkriegs 1982 rücken israelische Soldaten im Inneren eines Panzers in feindliches Gelände vor, wobei ihr Zug von der vorgegebenen Marschroute abkommt. Erzählt aus einem radikal subjektiven Blickwinkel und geprägt von den persönlichen Erfahrungen seines Regisseurs, blendet der (Anti-)Kriegsfilm politische Perspektiven angesichts der klaustrophobischen, in ihrem Blickfeld extrem eingeeengten Herangehensweise weitgehend aus; seine Wirkung entfaltet er als erschütterndes, jedes Heldenpathos aushebelndes "Nacherleben" einer Kampfsituation, deren Eigendynamik alle moralischen und humanistischen Kriterien nivelliert.
Israel/Libanon/Frankreich/Deutschland 2009, 92 Minuten

28. und 29. Januar

IN IHREN AUGEN

Ein pensionierter Justizbeamter arbeitet an einem Roman, in dem er sich mit einem unaufgeklärten Mordfall aus der Zeit kurz vor dem Militärputsch von 1974 auseinandersetzt. Damals wurde eine Frau brutal vergewaltigt und ermordet. Die Recherche wird zur schmerzhaften Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Spannender, mit einem hervorragenden Darstellerensemble aufwartender Politthriller, der suggestiv mit Rückblenden arbeitet und den persönlichen wie gesellschaftlichen Umgang mit den traumatischen Erinnerungen an die Zeit der argentinischen Militärdiktatur problematisiert.
Argentinien 2009, 129 Minuten

04. und 05. Februar

EIN MANN VON WELT

Nach zwölf Jahren, die er wegen Mordes im Gefängnis saß, kehrt ein Mann in seine schwedische Heimatstadt zurück, wo ihn ein alter Gangsterfreund zur Rache an dem damaligen Verräter animieren will. Doch der Mann schaut sich zunehmend genauer an, mit wem er es zu tun hat, begegnet seiner geschiedenen Frau, seinem Sohn und einer neuen Liebe, entdeckt Momente der Sehnsucht und Enttäuschung, des Glücks und des Leids. Lakonische Komödie mit originellen Wendungen, die geschickt mit Stereotypen des Kinos spielt und dem überragenden Hauptdarsteller Gelegenheit gibt, mit wenigen Worten, aber enormer Körperlichkeit auf dem schmalen Grat zwischen Lachen und Weinen zu balancieren.
Norwegen 2010, 111 Minuten

11. und 12. Februar

STILL WALKING

Drei Generationen einer japanischen Familie kommen zusammen, um den Todestag eines Sohns zu feiern, der starb, als er einem Kind das Leben rettete. Während man kocht, isst, redet und des Toten gedenkt, offenbaren kleine Gesten, Andeutungen und Halbsätze die Risse und Verletzungen innerhalb des Familiengefüges. Meisterlich inszeniertes Kammerstück, das minutiös und minimalistisch die feinen Verwerfungen innerhalb familiärer Beziehungen aufspürt und einen filigranen Realismus entfaltet, der kaum authentischer sein könnte. Der aufmerksame Blick auf das "normale Leben" ist dabei von liebevoller Zuneigung geprägt.
Japan 2008, 114 Minuten

18. und 19. Februar

VERGISSMICHNICHT

Eine Karrierefrau bekommt an ihrem 40. Geburtstag Briefe, die sie als Siebenjährige an sich selbst schrieb. Die darin niedergelegten erträumten Lebensentwürfe stehen im Gegensatz zu der auf Geld und Erfolg ausgerichteten Wirklichkeit der Erwachsenen. Ein doppelbödiges, in der Hauptrolle hinreißend gespieltes Frauenporträt, hinter dessen scheinbar sentimental-nostalgischen Tendenzen die Geschichte einer Traumatisierung ausgelotet wird. Die Niedlichkeit und Wärme, mit der die kindliche Welt zunächst im Kontrast zur kühl-rationalen Gegenwart der Figur dargestellt wird, entpuppt sich als trügerisch.
Frankreich 2010, 89 Minuten

25. und 26. Februar

DER LETZTE SCHÖNE HERBSTTAG

Eine Frau und ein Mann, beide Mitte 30, zweifeln an der Tragfähigkeit ihrer Liebesbeziehung, stellen ihre Gefühle füreinander in Frage und überwinden in langen Gesprächen, bei denen die Kamera zum "Dialogpartner" wird, ihre Verunsicherung und Zweifel. Komödie als eine Art "Lehrfilm" in Sachen Liebe, Partnerschaft und Beziehungsstress, die von sympathischen Darstellern getragen wird. Ein Patchwork aus Kabarett, Comedy und Satire mit Liebes- und Lebensweisheiten.
Deutschland 2010, 89 Minuten

Politische Termine in und um Celle

Do., 20. Januar, 19.00

„Verliebt in die deutsche Sprache“. Die Odyssee des Edgar Hilsenrath

Helmut Braun gibt eine Einführung in die Ausstellung, die bis zum 17. April in der Synagoge zu sehen ist. Gezeigt werden zum Beispiel frühe autobiographische Aufzeichnungen aus dem Ghetto, in Palästina 1945 geschriebene Texte, die thematische Bezüge zu seinem ersten Roman „Nacht“ (1964) aufweisen, eine Fassung des wohl berühmtesten Hilsenrath-Buches „Der Nazi & der Friseur“ in Briefform. Zur Ausstellung gehören zahlreiche Fotos von Familienbildern aus der Bukowina, Aufnahmen aus Palästina und Frankreich, Schnappschüsse von der Überfahrt nach Amerika bis zu Fotoserien des in Deutschland etablierten Autors.

Synagoge, Im Kreise 24

Mi., 02. Februar, 18.00

Gesundheitsminister Phillip Roesler

Ort noch unbekannt

Do., 10. März, 19.30

Jüdische Rapper und singende Rabbis

Film von Wendla Nölle

Jüdische Musiker in New York – was sie verbindet ist ihre Suche nach ihrer jüdischen Tradition und die Weiterentwicklung mit neuen Beats und Rapps.

Wendla Nölle Film ist eine Liebeserklärung an New York und ein Essay, in dem sie ihre ganz eigenen Geschichten von der Suche nach den jüdischen Orten dieser Metropole wiedergibt. Die Autorin wird anwesend sein und steht für ein Gespräch zur Verfügung.

Eintritt: 6,00 Euro

Kunst & Bühne, Nordwall 46

Mo., 21. Februar, 19.00

Zensus 2011

Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Volkszählung

Buntes Haus, Eintritt frei

Aktionswoche gegen Rechtsextremismus in Eschede

vom 24. – 28. Januar 2011

AKTIONSWOCHENGegen Rechtsextremismus



Montag, 24.01., 10 Uhr

Eröffnung der Ausstellung „Rassismus in die Kiste“

Zum Thema Rassismus haben Schüler_innen während der Celler Aktionswoche gegen Rassismus im Jahr 2009 mit verschiedenen Materialien Szenen kreativ in vorgefertigte Holzkisten gestellt. Die Objekte werden in Eschede erneut zu einer großen Installation arrangiert. - Daneben gibt es eine Ausstellung des Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus zu sehen, die einen Einblick gibt in die Strukturen der lokalen Rechtsextremisten.

Mo 11-13 und 15-21 Uhr, Di – Do 15-18 Uhr, Fr 15-21 Uhr

Eschede, Escher Musenmöhl

Montag, 24.01., 18 Uhr

„Die Nacht, die kein Ende nahm“

Der Jugendbuchautor Harald Tondern liest aus seinem Buch, in dem es um den 12-Jährigen Nemed geht, der mit seiner Schulklasse in ein leerstehendes

Hotel an der Ostsee fährt. Eine bewaffnete Gruppe Skinheads sammelt die Schüler_innen im Esssaal und unterwirft sie. Am nächsten Morgen ziehen die Neonazis gelangweilt ab. Im Buch geht es um Mut und solidarisches Handeln einer Gruppe.

Eschede, Glockenkolk-Halle

Dienstag, 25.01., 16 Uhr

Kinder-Uni zum Thema „Fremdenfeindlichkeit“ mit Blaise Pokos

Kinder gehen dem Thema Fremdenfeindlichkeit und Rassismus „wissenschaftlich“ auf den Grund

Eschede, Glockenkolk-Halle

Mittwoch, 26.02., 19 Uhr

„Jung, modern, national?“ Strategien, Symbole und Codes des modernisierten Rechtsextremismus

mit Gerd Bückner (Nds. Landeskoordinierungsstelle »kompetent für Demokratie« und Andreas Müller (Jugendbildungsstätte Bremen, Lidice Haus)

Eschede, Glockenkolk-Halle

Donnerstag, 27.01., 18 Uhr

„Die Welle“

Gezeigt wird der deutsche Spielfilm aus dem Jahr 2008, in dem ein Lehrer seiner Schulklasse in einem von ihm konzipierten Sozialexperiment vorführt, wie autoritäre gesellschaftliche Strukturen entstehen können. Doch das Experiment verselbständigt sich ...

Eschede, Aula Schule

Veranst.: Escheder Arbeitskreis „Gemeinsam gegen Extremismus“ mit Unterstützung der Gemeinde Eschede und der ev.-luth. Johanniskirchen-Gemeinde Eschede

Kunst & Kultur

Fr., 21. Januar, 20.00

Session der Neuen Jazz Initiative

Profimusiker der Kreismusikschule mit Schülern, Guest: Lars Stoermer (sax.)

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Sa., 22. Januar, 20.30

Ravepit Massacre

Hardcore und Darkstep / Drum and Bass gemischt; Mit den Bands: 5 ft High and Rising, I smashed the Panda, Bionic Ghost Kids; Aftershow mit Darkstep DrumandBass Dj's: Jacker & Lawless (Heromonkeys|Braunschweig) Ki-Chigo (Klirrfaktor - Celle)

Buntes Haus, AK: 5,00

Mi., 26. Januar, 20.00

Mike Hart

Singer/Songwriter aus Australien

Cafe Wichtig, Am Heiligen Kreuz

Fr., 28. Januar, 20.00

Recartney - BeatlesTribute Band

CD Kaserne, AK 14,00, VVK 12,90

Fr., 28. Januar, 20.00

Open Stage

der Celler Rockmusik Initiative

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)

Sa., 29. Januar, 22.00

Reggae-Party

mit: Peace Development Crew, G*Hoer Gang, Soundbublerz und Selecta Jaspa represent Squal Unit

Buntes Haus, AK: 3,00

Fr., 04. Februar, 20.00

Sonrisa - Lateinamerikanische Musik

CD Kaserne, AK 15,00, VVK 12,90

Sa., 05. Februar, 21.00

Sweetly Glitter - Glamrock-Show

CD Kaserne, AK 19,00, VVK 16,90

Di., 08. Februar, 20.00

Philip Dornbusch & Friends

Im Anschluss an die Jahreshauptversammlung der Neuen Jazz-Initiative

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 11. Februar, 21.00

Queen Kings

Tribute Show

CD Kaserne, AK 16,00, VVK 13,90

Sa., 19. Februar, 20.00

Mystos Hot Lips

Skandinavische Hot-Jazz-Band

Hof Wietfeld, VVK 20,00

Sa., 19. Februar, 23.00

Celebration

feat. DC BREAKS (UK) - Symbiz Sound aus Berlin und Braunschweig kommen als zweiter Headliner, abgerundet wird der Abend von den Mcess Stunnah und Mex-E, sowie den Lokalisten Rebell, Docta, Ruffian & Stubba.

CD Kaserne, AK 8,00, VVK 5,90

Fr., 25. Februar, 20.00

Flamenco Nacht

Azucar del Norte und Franz Gottwald ; als „Special Guest“: Salvador

CD Kaserne, AK 14,00, VVK 12,90

Fr., 25. Februar, 20.00

Open Stage der CRI

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)

Sa., 26. Februar, 22.00

Dekadance - Atomicwasteland

Buntes Haus (siehe Fragezeichen)

Redaktionsschluss für die revista Nr. 53 am Mo., den 21. Februar

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr
Urb.-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

sic! - sozial in cello

Erwerbslosenberatung

jeden 1. Do. 14.30 - 17.00 Uhr
Neustadt 23

Attac-Plenum

jeden 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

jeden 2. Di. im Monat, 20.00
Uhr – Buntes Haus

Regionale Energie & Konsum-Wende (Transition Town)

jeden 1. und 3. Di. im Monat,
18.30 Uhr – Buntes Haus

... im Bunten Haus:

Hannoversche Str. 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Plenum

jeden Do., 19 Uhr

Info-Café:

jeden 1. + 3. Mi. im Mo., 19 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

inhaltliches Hausplenum

jeden 2. + 4. Mi., 19 Uhr

Kneipe

jeden Mo. 20 Uhr

Infoladen

jeden Mo. 19-21 Uhr